

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

---

Mittwoch, 17. Dezember 1952

Blatt 2055

## Die besten November-Plakate

17. Dezember (RK) Das Wertungskollegium der Plakatwertungsaktion 1952 des Amtes für Kultur und Volksbildung hat als die drei besten Plakate des Monats November "Meinl Tee" (Entwurf Otto Exinger), "Schenkt Schirme" (Entwurf Friedrich Kral) und "Hilf mit, Fröhliche Weihnachten überall" (Entwurf Oswald Schanovsky) und das Straßenbahnplakat "Ingelen-Columbus" als beachtenswert bestimmt.

Die prämierten Plakate werden wieder an den von der Gewista zur Verfügung gestellten Plakatwänden in der Augustiner- und Mariahilfer Straße affichiert.

## Ziehung der Armenlotterie heuer in der Postsparkassa

17. Dezember (RK) Die für Samstag, den 20. Dezember, um 14.30 Uhr, angesetzte Ziehung der 124. Wiener Armenlotterie findet nicht wie vorgesehen im Rathaus, sondern um dieselbe Zeit in der Dienststelle der Staatslotterie, I., Dominikanerbastei 16 (Postsparkassen-Gebäude) statt.

## Wiener Gemeinderat

=====

Fortsetzung der Personal-Debatte

17. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat setzte heute vormittag seine Budgetberatungen über das Kapitel I: Personalangelegenheiten, Verwaltungs- und Betriebsreform, fort. Bürgermeister Jonas eröffnete die Sitzung um 9.10 Uhr.

Als nächster Redner kommt Dr. Freytag (ÖVP) zum Wort, der verschiedene Mängel in dieser Verwaltungsgruppe aufzeigt. In vollem Bewußtsein der Schwierigkeiten in dieser Geschäftsgruppe müsse doch verlangt werden, daß einer guten Verteilung der einzelnen Kräfte ein besonders Augenmerk zuzuwenden sei.

Redner bemängelt u.a. den langen Aktenlauf. So wurden Ansuchen um Bezahlung von Überstunden bereits im März eingereicht, aber erst im November, und dies nur auf Intervention, bezahlt. Bei Angestellten, die knapp vor Erreichung der Altersgrenze stehen, sollten Härten möglichst vermieden werden. Bei der Amtstitelverleihung könnte etwas generöser vorgegangen werden.

Im einzelnen tritt der Redner für die Gewährung einer Personalzulage an die Bezirksamtsleiter ein. Diese Zulage sei begründet durch die Notwendigkeit der Anschaffung von Fachliteratur sowie durch Sonderauslagen für Repräsentation, Bekleidung und Telefon. Die Zahl der zu berücksichtigenden Beamten betrage nur 6 Zehntausendstel der gesamten Beamtenschaft. Das Steigen der Arbeitslast zeige sich an dem Steigen der Zahl der Akte, die in einem Fall im Jahre 1951 1.691 und im Jahre 1952 2.214 betrug. Redner fragte den Amtsführenden Stadtrat, ob er den Anspruch seines maßgebenden Beamten decke, daß der Dienst in den Bezirksämtern ein zweitklassiger sei.

Auf dem Gebiete des NS-Problems hat sich leider nicht sehr viel geändert. Nach wie vor spielt hier der Rang des Betroffenen ganz ungerechtfertigt eine maßgebende Rolle. Es ist auch noch nicht gelungen, die Urlaubesätze für die Akademiker jenen des Bundes anzugleichen.

Leider ist, setzt Dr. Freytag fort, im Rahmen der Gemeinde Wien die Personalpolitik von einseitigen parteipolitischen Momenten beherrscht. Dies zeigt sich vor allem bei Beförderungen, bei Vorrückungen, bei Neuaufnahmen, bei den Saisonarbeitern und bei den Kindergärtnerinnen. Der Stellenplan wird geheimgehalten und doch gehandhabt, und es besteht die Gefahr, daß auf einmal alle leitenden Stellen besetzt sind und eine Gruppierung der Beamtenschaft sozusagen mit Ewigkeitswert geschaffen wird, die keinesfalls gerecht ist.

Eine weitere wichtige Frage an den Amtsführenden Stadtrat ist die, ob er sich mit den Äußerungen des maßgeblichen Beamten im Personalreferat ident erklärt, der sagt: Die beste Personalpolitik ist jene, die alle Beamten gleichmäßig unzufrieden erhält.

Es geht nicht an, daß Beamte, weil sie nicht der politischen Anschauung der stärksten Partei in diesem Hause sind, im Dienst geschädigt werden. Das werden sich 35 Prozent der Bevölkerung auf die Dauer nicht bieten lassen können. (Beifall bei den Parteigenossen.)

Scharfen Protest legt der Redner gegen die Tatsache ein, daß den Gemeinderäten der ÖVP für Personalakte andere Unterlagen gegeben wurden, als dann in dem zuständigen Gemeinderatsausschuß tatsächlich zur Verhandlung kamen. Er müsse im Namen seiner Fraktion ersuchen, daß man hier Remedur schaffe und die Verantwortlichen auch tatsächlich zur Verantwortung ziehe. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

Die Wahlen vom 22. Februar werfen auch in der Gemeindeverwaltung schon ihre Schatten voraus. So werden in Dienststellen Wahlfondssammlungen abgehalten. Sind die Vertreter der Mehrheit im Hause der Meinung, fragt Dr. Freytag, daß die Bevölkerung, gleich welcher politischer Anschauung, derselben Meinung ist oder nicht doch glaubt, daß in Amtsstellen parteipolitische Sammlungen besser unterlassen werden? Besonders ungut ist es, wenn die Sammelbogen gleich neben den Gehaltslisten liegen. Dieser Unfug muß abgestellt werden. Findet es die Personalverwaltung für richtig, daß in Ämtern während der Dienstzeit Wahlversammlungen der SPÖ stattfinden?

In Zukunft möge auch zwischen Gewerkschaft und Partei unterschieden werden. Dann wird das Zusammenarbeiten meiner Fraktion in der Gewerkschaft für beide Teile zufriedenstellend sein. Es wäre angezeigt, daß bei Vorgesprächen von gewählten Funktionären im Büro des Amtsführenden Stadtrates etwas mehr Freundlichkeit obwalten würde.

Zum Abschluß seiner Ausführungen erklärt Dr. Freytag: Meine Fraktion erwartet von dem Amtsführenden Stadtrat, daß er in seiner weiteren Ausführung einer gewissen Omnipotenz, wie sie nicht zum Nutzen des Ganzen in diesem Ressort eingerissen ist, steuert und daß es möglich wird, hier eine für die Beamten und auch für die Stadt bessere Arbeit zu leisten als bisher.

In Namen meiner Fraktion spreche ich allen Bediensteten der Gemeinde Wien den besten Dank für die von ihnen geleistete Arbeit aus, und erkläre in Erwartung der Abstellung der angeführten Mängel die Zustimmung zu den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Gr. Pölzer (SPÖ) erklärt, die Personalverwaltung mit ihren über 34.000 aktiven Bediensteten, mit ihren mehr als 13.000 Pensionisten und mit einer Ausgabensumme von 917 Millionen allein in der Hoheitsverwaltung stelle eine der drei Säulen des Gemeindebudgets dar. Von der Lohn- und Gehaltspolitik der öffentlich Bediensteten hänge nicht nur das Wohl und Wehe unserer Stadt, sondern des ganzen Staates ab. Die Frage der Entnivellierung und der Valorisierung der Bezüge gehöre zu den subtilsten Problemen. Die von Dr. Altmann in seinem demagogischen Antrag vorgeschlagene "Übergangslösung" würde die Kleinigkeit von 280 Millionen Schilling von der Gemeinde erfordern. Soll man diesen Betrag, fragt der Redner, vom Sozialbudget wegnehmen oder soll man das Investitionsprogramm so zusammenschneiden, daß man der Wohnbautätigkeit nicht mehr nachkommen kann?

Das im Jahre 1946 beschlossene Gehaltsüberleitungsgesetz sah einen Mindestgehalt von 172 Schilling und einen Höchstgehalt von 2.140 Schilling vor. Schon beim Inkrafttreten dieses Gesetzes mußte man sich mit Teuerungszulagen beschäftigen.

Heute sind die Anfangslöhne auf das 5.67fache, die Gehälter ab 379 S Grundbezug auf das 3.7fache gestiegen. Die Behauptung, daß die öffentlich Bediensteten entscheidend schlechter bezahlt würden als die Arbeiter in der privaten Wirtschaft, hat seit 1951 keine Richtigkeit mehr. Wir müssen auch als Gewerkschafter aussprechen, was richtig ist. Laut Statistischem Zentralamt betragen die Löhne in der Privatwirtschaft nach dem Kollektivvertrag im Monatsdurchschnitt 1054 S, und zwar bei den Männern 1142 und bei den Frauen 903 S. Gelernte männliche Arbeiter haben einen Monatsbezug von 1200, angelernte von 1134 und ungelernete von 1012 S. Qualifizierte Facharbeiter kommen auf 1300 bis 1400 S.

Man soll daher den öffentlich Bediensteten nicht einreden, daß es ihnen bedeutend schlechter gehe als den anderen. Uns allen geht es nicht gut, wir alle können leider noch nicht verlangen, was uns gebühren würde. Wir müssen jedoch davor warnen, den öffentlich Bediensteten fortwährend einzureden, daß sie die Parias wären. Dies hieße die Arbeiten der öffentlichen Hand nicht richtig zu würdigen und auch die Arbeiten der Gewerkschaft nicht richtig einzuschätzen.

Wir mußten uns bisher dazu bequemem, einen Anfangsbezug von 1000 S zu verlangen, weil dieser Betrag nach unserer Auffassung auch für den ledigen Menschen das Existenzminimum darstellt. Bei diesen 1000 S Anfangsgehalt kann man aber nicht eine Spanne von 1 : 12 gewähren. Es würde zwar budgetär keine besondere Rolle spielen, wenn der Magistratsdirektor, der Generaldirektor oder Baudirektor so viel verdienen würden, aber die Spannung zieht sich durch das ganze Gehaltsschema von einem Grundgehalt mit 172 S bis 2.140 S hindurch.

Wir werden bei den derzeitigen Verhandlungen dieses Problem mit aller Gründlichkeit und Verantwortung beraten. Die vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben sich nach 1945 zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden, damit nicht einmal die eine und ein anderes Mal die andere Körperschaft vorprellt. Im Verhandlungsausschuß, in dem eine Valorisierung auf das 4.7fache der Grundbezüge zur Diskussion gestellt wurde, wird es zu Auseinandersetzungen kommen.

Die drei anderen Gewerkschaften fühlen, daß die Gemeinde einen Weg nicht mitgehen kann, der den Staat in den Grundfesten erschütterte und es unmöglich macht, alle anderen Aufgaben zu erfüllen.

Wir Sozialisten bekennen uns zum Parteienstaat. Die Parteien müssen einander respektieren und würdigen. Der VdU gefällt es aber, bei Personalfragen der Gemeinde in den letzten Jahren nur von den geschädigten Nationalsozialisten zu sprechen. Sie verlangen Nachzahlungen und Begünstigungen für diese Gruppe, ohne zu bedenken, daß nach 1945 auch die anderen Beamten um 150 Schilling im Monat gearbeitet haben.

Das ungehörige Benehmen der Kommunisten zeigt sich insbesondere bei dem Fall Hoschek. Ein nicht sehr routinierter Fahrer der Wiener Straßenbahn hatte das Unglück, eine Verkehrskatastrophe herbeizuführen. Das Unglück ist passiert, weil viele mißliche Umstände zusammengewirkt haben, vor allem, daß es leider infolge Krieg und Nachkriegszeit noch nicht gelungen ist, den Wagenpark so zu erneuern, wie wir es mit großen Anstrengungen versuchen. (GR.Maller: Deswegen sperrt man den Hoschek ein!) Die Gewerkschaft, die schon in 183 kleineren Prozessen Rechtsschutz gewährt hat, hat auch in diesem Fall dem Fahrer sofort ihren Rechtsschutz angeboten. Die Kollegen des Hoschek wollten jedoch durch Sammlungen das Geld aus eigenem zusammenbringen und haben 1800 Schilling aufgebracht. Der Prozeß kostet der Gewerkschaft nicht weniger als 72.000 Schilling. Hoschek hat alle unsere Sympathien. Wenn daher in einem Flugblatt behauptet wurde, die Gewerkschaft sei verantwortlich für ein "Klassenurteil", so ist das eine Unanständigkeit der Kommunisten. Man darf aus diesem Fall kein Politikum machen. Die Gewerkschaft hat keine Unterlassungssünde begangen und keine "Klassenjustiz" gefördert. Wenn die Kommunisten bloß zu "Apparatschikis" herabgesunken sind, dann haben sie das Recht verwirkt, in dieser Demokratie zu wirken. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialisten.)

Aber auch dem Koalitionspartner müsse man sagen, was man nicht tun darf. In der Wahlzeitung "Merk's Wien" ist auf dem ersten Blatt ein Gewerkschaftshaus abgebildet, um zu zeigen, welcher Prunk hier aufgewendet werde. Wer das Haus kennt, weiß,

daß es ein nettes Entree besitzt, ansonsten jedoch ein Zweckbau ist und von Luxus nicht viel zu sehen ist. Es gibt keinen Teppich, nur einen Fleckerlteppich, an dem sich ein recht erfrorener christlicher Gewerkschafter erwärmt. Und es gibt allerdings in dem Haus in jedem Stockwerk eine Brause. Der christlich-soziale Abgeordnete Bielohlavek hat seinerzeit den Ausspruch getan: "Wenn ich ein Büchel seh, hab ich schon gefressen!" Die ihm nachhelfenden Propagandisten der Volkspartei sind heute offenbar der Meinung: "Ein badender Gewerkschafter ist schon ein Saubartl!" (Lebhafte Heiterkeit und Zustimmung bei der SPÖ.)

Es geht auch nicht an, daß man einem Stadtrat dadurch die Ehre abschneidet, indem man bei seiner Wahl leere Stimmzettel abgibt und dabei sagt, es liege etwas gegen ihn vor. Wir haben die Volkspartei ersucht, zu sagen, was nach ihrer Meinung gegen den Stadtrat Sigmund vorliegt, weil wir alle ein Interesse daran haben, daß nur absolut reine und korrekte Menschen unsere Verwaltung führen. Deshalb hat es uns also wirklich gewundert, daß Sie sich so verhalten haben. Wo ist also das Material gegen Sigmund? Bis jetzt haben Sie es nicht erbracht. Ich stehe nicht an Ihnen zu erklären, daß ich das für unmöglich halte. Sie werden doch den Mut haben, weil das für unsere Zusammenarbeit unbedingt nötig ist, zu sagen: Wir haben uns geirrt, wir können nichts Entscheidendes gegen den Stadtrat Sigmund vorbringen. Das haben Sie nicht getan und uns damit wirklich bitter enttäuscht. Ich kann das sagen, weil ich weiß, daß auf Ihrer Seite Gewerkschafter sitzen, daß auf Ihrer Seite Menschen sitzen, die auch Verantwortung tragen und sich daher die Worte überlegen müssen, die sie sagen. Wir erwarten, daß Sie einmal doch der Tapferkeit besseren Teil wählen und sagen: Wir haben uns geirrt, es liegt nichts Entscheidendes vor! - Denn zum Rufmord darf man sich auch dann nicht hergeben, wenn Wahlen in Aussicht sind.

Zum Schluß noch: Wir ertragen dieses Leben und kämpfen für die Besserstellung der arbeitenden Menschen. Wir ertragen dieses Leben deshalb, weil wir uns zum demokratischen Sozialismus bekennen. Das ist die größte Idee der Menschheit seit dem Christentum. Weil wir glauben, daß sich die Menschheit nur auf friedlichem Gebiete fortentwickeln kann und auf die Dauer gesehen erkennen muß, daß das Bekenntnis zu unserer Idee den Aufstieg bedeutet, wird unsere Fraktion für die Ansätze des Personalbudget stimmen. (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Stadtrat Sigmund verweist in seinem Schlußwort auf den Vorteil seiner Vorredner, die jahrelange Erfahrung in den Problemen der Personalangelegenheiten haben. Er habe sich nicht um den Posten des Stadtrates dieser Verwaltungsgruppe beworben, er wurde vielmehr von seiner Partei hierzu berufen. Er werde jedoch seine Kräfte und seinen guten Willen in den Dienst dieser Arbeit stellen. Er maße sich auch nicht an, auf alle die von den Debattenrednern aufgeworfenen Fragen antworten zu können, möchte hierzu jedoch seine grundlegende Einstellung sagen. Wenn GR. Doppler den Standpunkt vertrat, daß eine Gruppe von Bediensteten ständig auf ihre Rechte verzichten müsse, könne man mit Bedauern feststellen, daß es die Tragik dieser Generation ist, daß das Recht sich in den letzten Jahrzehnten so oft gewandelt hat. Große Probleme beinhalten oft Unrecht, soweit sie den Einzelnen betreffen. Er werde jedoch versuchen, alle aufgezeigten Probleme in ihren Einzelheiten zu lösen. Er werde den Menschen suchen, sein Schicksal und seine Angelegenheiten.

GR.Dr. Altmann wäre er dafür dankbar, daß er die Meinung vertrat die vielen Fragen der Personalpolitik nicht in dem großen Kreis des Gemeinderates und in der kurzen zurVerfügung stehenden Zeitspanne zu behandeln, sondern zuerst im zuständigen Gemeinderatsausschuß. Die Angriffe gegen Beamte seiner Verwaltungsgruppe müsse er zurückweisen; er sei der Stadtrat dieser Gruppe und wird die Verantwortung übernehmen und tragen. Die Angriffe auf die Beamten, seien es die niedrigsten oder höchsten, sollen jedoch unterlassen werden. (Beifall bei der SPÖ.) Zu dem Ausspruch, daß man alle Beamten gleichmäßig unzufrieden erhalten müsse, sei zu sagen, daß es leider immer im gleichen Maße Zufriedene und Unzufriedene gebe.

Dies liege einmal im Wesen des Menschen, daß er nie völlig zufrieden sei. Es wird auch kaum jemals gelingen, die Gewerkschaftsbewegung in ihren Forderungen vollständig zu befriedigen, denn wenn die heutigen Forderungen erfüllt sind, dann tauchen schon die nächsten auf. Die Forderung nach einer Personalzulage für Bezirksamtsleiter wäre besser an die Gewerkschaft gerichtet worden. Denn diese hat die Interessen aller Bediensteten, vom Hilfsarbeiter bis zum höheren Beamten zu vertreten. Auch der verlangten fraktionsweisen Aufteilung der Arbeitsplätze könne er seine Zustimmung nicht geben. Er werde das Personalreferat vielmehr nach den Bedürfnissen der Stadtverwaltung führen ohne vorerst zu schauen, ob der Betreffende diese oder jene politische Gesinnung hat und welcher Partei er angehört.

Die Befürchtung Dr. Altmanns, daß durch das erst mit 1. August 1953 durch Zeit automatisch eintretende Definitivum, alle jene Bediensteten, die es aus gesundheitlichen Gründen nicht erhalten, entlassen würden, ist nicht begründet. Hierzu ist folgendes zu sagen: Keine Verwaltung wird darauf verzichten können, Menschen, die zu einer Verwendung untauglich sind, einer anderen Verwendung zuzuführen. Das heißt aber nicht, daß Personen, die seit 1945, 1946 oder später ihre Arbeit brav und ehrlich besorgten und die nun vom Arzt als für das Definitivum nicht geeignet bezeichnet wurden, einfach gekündigt werden. Sie sollen ihre Beschäftigung weiter behalten und als Vertragsangestellte bei der Stadt Wien beschäftigt sein.

Den Fall Hoschek bezeichnet Stadtrat Sigmund als einen tragischen, denn es kommt oft vor, daß ein Bediensteter während seiner Arbeit einmal seine Nerven verliert. Die Tragik bei diesem Fall war die Zahl der Opfer. Daß die <sup>(Verkehrsbetriebe)</sup> Allgemeinheit durch finanzielle Zuwendungen versuchen wird das Unglück wenigstens zu mildern, bezeichnet Stadtrat Sigmund als selbstverständlich. Daß Hoschek als zum Fahrdienst untauglich erklärt und durch das Gericht bestraft wurde, heißt jedoch nicht, daß dies auch eine Bestrafung durch seinen Arbeitgeber nach sich ziehen werde.

17. Dezember 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2064

Er habe GR. Pölzer gebeten, nach Abschluß der Budgetverhandlungen mit dem Fahrer Hoschek zu ihm zu kommen, um ihm zu sagen, daß wenn auch die Berufungsverhandlung negativ ausgeht, die Stadt Wien und das Personalamt keine Veranlassung haben ihn zu entlassen. (Beifall bei SPÖ und WdU.) Hoschek wird nach seinen erlernten Fähigkeiten dort eingesetzt werden, wo die Möglichkeit besteht, durch seine Arbeit und seinen Fleiß wenigstens einen Teil des ungewollt verursachten Schadens an der Allgemeinheit wieder gut zu machen.

Stadtrat Sigmund erklärt sodann, es scheine im Wesen demokratischer Parteien zu liegen, daß sie zu gewissen Zeiten mehr extemporieren. Es scheinen dies jene vor den Wahlen zu sein. Er hätte aber geglaubt, daß man in einer öffentlichen Verwaltung trotz der politischen Gegensätze den Menschen in seiner Wirksamkeit wertet. Er werde trotz der Einstellung der Österreichischen Volkspartei versuchen ein objektiver Personalchef zu sein und ihren Anhängern unter den Angestellten der Stadt Wien nicht das entgelten lassen, was er glaube, daß ihre Partei an ihm nicht gut gemacht hat. (Demonstrativer Beifall bei der SPÖ.)

Die Anträge von GR.Dr. Altmann bittet er abzulehnen, um sie im Personalausschuß zu behandeln. Die sechs genannten Resolutionsanträge wurden gegen die Stimmen des Linksblocks und beim ersten auch gegen die Stimmen der WdU abgelehnt. Der Voranschlag für die Geschäftsgruppe I wurde gegen die Stimmen des Linksblockes und der WdU angenommen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

Wohnbautätigkeit und Bevölkerungsbewegung  
=====

17. Dezember (RK) Nach den "Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien" über die Monate Juli bis September haben sich weitere Verschiebungen im Bevölkerungsstand einzelner Wiener Bezirke ergeben. Mit Ausnahme Favoriten, Simmering, Brigittenu, Floridsdorf und Donaustadt verzeichnen alle Bezirke im Verlauf der letzten 12 Monate eine geringe Abnahme der Bevölkerungszahl. Nach Meldungen der Kartenstellen wurden Ende September 1952 in den 26 Wiener Bezirken insgesamt 1,742.611 Einwohner gezählt, um rund 11.000 weniger als im September 1951. Der Zustrom in einzelne Wiener Bezirke ist hauptsächlich auf die Errichtung neuer städtischen Wohnhausanlagen zurückzuführen. Mit der Fertigstellung weiterer städtischer Wohnhäuser wird sich die Bevölkerungsstatistik der Bezirke abermals verändern.

Die "Mitteilungen" geben in 47 Tabellen Aufschluß über städtische Kranken- und Wohlfahrtsanstalten, Arbeitslenkung, Gewerbebewegung, Bautätigkeit, die Leistungen der Stadtwerke usw.

Felix Grafe zum Gedenken  
=====

17. Dezember (RK) Am 18. Dezember sind es 10 Jahre, daß Felix Grafe, eine wesentliche Erscheinung der österreichischen Lyrik, als Opfer des Nationalsozialismus zugrunde gegangen ist.

Am 9. Juli 1888 in Wien geboren, studierte er Kunstgeschichte und verbrachte seine jungen Jahre in München, wo er mit den Kreisen um Frank Wedekind und Heinrich Mann in Verbindung stand. In der Folge lebte er als Kunsthistoriker bis zu seinem Tode in Wien. Als Bekenner der Humanität konnte er zu Hitlers Machtpolitik nicht schweigen, sondern beteiligte sich aktiv in der Widerstandsbewegung, wurde verhaftet und hingerichtet. Grafe ist während des ersten Weltkrieges mit zwei Gedichtbänden hervorgetreten, die ihn als einen an Hölderlin geschulten Sprachkünstler mit tiefem Empfinden erkennen lassen. Auch ausgezeichnete Übersetzungen und Nachdichtungen aus dem Englischen und Französischen stammen von ihm.

"Fenstergärtner" werden prämiert  
=====

17. Dezember (RK) Stadtrat Thaller wird am Goldenen Sonntag um 9 Uhr vormittag im Gartenbaukino die Preisverteilung an die zweite Gruppe der Preisträger im Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck 1952" vornehmen. Die Preisträger wurden zu dieser Veranstaltung durch die Österreichische Gartenbaugesellschaft eingeladen. Im Rahmen der Veranstaltung wird Dipl.Ing. Ihm einen Lichtbildervortrag über "Wien im Blumenschmuck" halten und der Leiter des Stadtgartenamtes Ing. Auer einen Bericht über den Verlauf der heurigen Aktion erstatten. Das Streichquartett des Konservatoriums der Stadt Wien spielt zwei Sätze des Veilchen-Quartetts von Wolfgang Amadeus Mozart.

Max Pallenberg zum Gedenken  
=====

17. Dezember (RK) Am 18. Dezember wäre der unvergeßliche Charakterkomiker Max Pallenberg 75 Jahre alt geworden.

Als Sproß einer bürgerlichen Familie in Wien geboren, trat er seit 1895 auf verschiedenen Bühnen seiner Vaterstadt, vor allem im Jantsch-Theater (Lustspieltheater im Prater) auf, wo er seine ersten großen Erfolge errang. Seit 1911 wirkte er am Münchener Künstlertheater, seit 1914 bei Reinhardt am Deutschen Theater in Berlin. Nach dem ersten Weltkrieg gastierte er auf vielen Bühnen des In- und Auslandes, darunter häufig im Wiener Volks- und Raimundtheater. Pallenbergs überwältigende schauspielerische Wirkung lag in der eigenwilligen Auffassung seiner Rollen, die ihn stets als schonungslosen Enthüller alles Lächerlichen zeigten. Ebenso verfuhr er mit der Sprache, indem er jedes Wort in unzähligen Formen variierte und den ursprünglichen Text durch Improvisationen so veränderte, daß schließlich eine neue, bessere Version entstand. Auch durch die Wandelbarkeit seiner Masken erzielte er verblüffende Effekte. Seine grotesken Gestaltungen ließen aber niemals einen tragikomischen Grundzug vermissen. Unter seinen außerordentlich zahlreichen Partien waren seine großen Gestalten aus der Weltliteratur ebenso einzigartig wie die Schwankfi-

guren des Wiener Volkstücks oder seine Operettenrollen und seine Chansons. Pallenberg, der seit 1918 mit Fritzi Massary verheiratet war, verunglückte, als er mit seiner Frau die erste gemeinsame Tournee antreten wollte, durch Flugzeugabsturz tödlich und starb am 25. Juni 1934. Sein Leichnam wurde nach Wien überführt und eingeäschert, die Urne im Urnenhain des Krematoriums beigesetzt.

Auch heuer wieder Wintersport-Unfalldienst  
 =====

17. Dezember (RK) Die Arbeitsgemeinschaft des Wintersport-Unfalldienstes (WUD) wird wie alljährlich auch heuer an den schnee-reichen Samstagnachmittagen und Sonntagen im Wienerwald ihre Hilfsplätze für verunglückte Schifahrer errichten.

Die 33 Hilfsplätze werden wieder in der Nähe stark besuchter Übungsplätze errichtet werden, verteilt vom Kahlenberg bis zum Höllensteingebirge. Ein regelmäßiger Streifendienst, unter Mit-hilfe der Polizei, wird die Verbindung herstellen.

An nachgenannten Stellen werden sich solche Hilfsplätze, die von jedermann beansprucht werden können, befinden:

Hilfsplatz	Standort
<u>Ab Nußdorf (Straßenbahn D bzw. 36)</u>	
Eiserne Hand	Gasthaus Hölzl
<u>Ab Grinzing (Straßenbahn 38)</u>	
Häuserl am Berg	Gasthaus Schluche
Krapfenwaldl	Offener Posten, Streifendienst
<u>Ab Sievering (Straßenbahn 39)</u>	
Jägerwiese	Gasthaus
Rohrerwiese	Gasthaus "Grüß di a Gott Wirt"
Dreimarkstein	Gasthaus
<u>Ab Neuwaldegg (Straßenbahn 43)</u>	
Hameau (Tel. A 24-4-17)	Gasthaus
Rohrerhütte	Gasthaus
Schottenhof	Gasthaus
Sophienalpe	Gasthaus
<u>Ab Straßenbahn Endstation J</u>	
Jubiläumswarte	Gasthaus

17. Dezember 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2068

Ab Hütteldorf (Straßenbahn 49 u. 52)

Rieglerhütte	Gasthaus
Weidlingau Sprungschanze	Gasthaus Jäger
Mostalpe	Gasthaus
Augustinerwald	Gasthaus Mauerbachstraße

Ab Ober-St. Veit (Straßenbahn 58)

Auerhütte	Gasthaus Auerhütte
Himmelhof	- - -

Ab Mauer (Straßenbahn 60)

Laab i. Walde (Tel. 11)	Gasthaus
Roppersberg	Offener Posten Streifendienst
Jäger von Dopplerwiese	Offener Posten Streifendienst
Rother Stadl	Offener Posten Streifendienst

Ab Rodaun (Straßenbahn 360)

Bierhäuslberg	Gasthaus Franz Senn
Kugelwiese	Gasthaus Beran

Ab Ö.B. Bahnstation Kaltenleutgeben

Talstation (Tel. 17)	Gasthaus Arbeiterheim
Wienerwiese (Tel. 17)	Gasthaus
Gaisberg (Tel. 17)	Gasthaus
Neuweg	Gasthaus Sporer
Gießhübl	Gasthaus Schmiedel
Langerwiese	Gasthaus
Norwegerwiese	Offener Posten Streifendienst
Biermaier	Gasthaus

Ab Unter Tullnerbach (Westbahn)

Troppberg	Gasthaus
Hochramalpe	Gasthaus

Fortsetzung des Sitzungsberichtes

## Kultur und Volksbildung

=====

Stadtrat Mandl (SPÖ) leitete sein Referat über die Verwaltungsgruppe Kultur und Volksbildung mit einigen allgemeinen Bemerkungen ein. Die Stadt Wien hat ihre Politik, Kunst und Bildung in die breiten Massen zu tragen, mit noch mehr Nachdruck als bisher betrieben. Der Wiederhall dieser Bestrebungen macht sich immer stärker bemerkbar. Freilich ist Vielen die Kunst und Bildung noch nicht so zum Bedürfnis geworden wie andere Mittel des Genusses. So ist der Konsum an Süßigkeiten von 2,45 Kilo pro Kopf im Jahr 1938 auf 3,78 Kilo im Jahr 1952 gestiegen. Der Bierkonsum ist heuer um 30 Prozent höher als 1937 und Tabak wurde in diesem Jahr allein um 126 Millionen Schilling mehr verreckt als im vergangenen. Wir würden uns glücklich schätzen, sagt der Referent, wenn die Theater so voll wären wie die Heurigen und Weinlokale. Trotzdem ist die Wendung zum Besseren unverkennbar. Sie drückt sich in den höheren Besucherziffern in den Ausstellungen aus, besonders aber in der positiven Reaktion der Jugend.

Stadtrat Mandl machte unseren kulturellen Institutionen den Vorwurf, kein Verständnis für neue Wege aufzubringen. Es wäre manches besser, so sagte er, wenn unsere ehrwürdigen Kulturinstitute begreifen möchten, daß die heutige Zeit eine andere Einstellung verlangt, weil ein anderes Publikum anzusprechen ist. Kunst und Kultur sind nun einmal für das ganze Volk da. Viele andere Vereinigungen haben den Ruf der Zeit verstanden und fahren nicht schlecht dabei. Die aber durch Unverständnis und mangelndes Anpassungsvermögen in eine prekäre Lage gekommen sind glauben, daß sie die öffentliche Hand für diese Situation verantwortlich machen müssen und verlangen, daß die materielle Erhaltung aus öffentlichen Mitteln allein übernommen wird. Daß diese Einstellung falsch ist, betonte der Referent, wird jeder verstehen, der einmal mit diesen Problemen zu tun hatte; sie wird auch nicht beweiskräftiger, wenn irgend ein "vom Winde verwehter" Kritiker sie unterstützt. Diese Bestrebungen müßten zu einem Kulturbeamtentum führen. Die Stadt Wien bemühe sich aber

in Gegenteil, das künstlerische Leben frei von bürokratischen Fesseln zu halten. Stadtrat Mandl lehnte es für sein Amt und für sich persönlich ab, zu entscheiden und sozusagen/<sup>amtlich</sup> zu dokumentieren, was Kunst ist und was nicht. Der Grundsatz von der Freiheit der Wissenschaft sei ein unabdingbarer Teil der Freiheit der Menschen. Man müsse allerdings auch fordern, daß sich keine Nichtskönner breit machen.

Stadtrat Mandl ersuchte auch nicht zu vergessen, daß vieles, was im Rahmen der Verwaltung für den kulturellen Aufstieg der Bevölkerung dient, nicht in den Zahlen seiner Geschäftsgruppe zum Ausdruck kommt. Der soziale Wohnhausbau sei nicht nur eine bauliche sondern auch eine gigantische kulturelle Leistung.

Der Referent ging dann auf einige wesentliche Posten seines Budgets näher ein. Das Kulturamt hat im Jahr 1952 eine rege Ausstellungstätigkeit entfaltet. Sehr erfreulich hat sich die Plakatwertungsaktion entwickelt, die im Ausland von München und Mannheim übernommen wurde. Auch der Bund will nun auch das beste österreichische Plakat prämiieren. Die Aktion wird im nächsten Jahr erweitert. In Sonderbewerben will man das beste Filaplakat und den besten Buchumschlag bewerten. Im Zusammenhang mit der "Mosaik-Ausstellung" des Kulturamtes erwähnte Stadtrat Mandl, daß das Mosaik für den künstlerischen Schmuck der Gemeindebauten wieder zu Ehren komme, nachdem sich das Fresko nicht bewährt hat und Sgraffitto als alleinige technische Ausdrucksform der Kunst zu wenig war. Von 1949 bis heute haben 186 Künstler 313 Objekte mit ihren Werken geziert.

Für Künstlerehrungen wurden 624.000 Schilling ausgegeben, davon für die Betreuung von 138 Ehrenpensionisten, 567.000 Schilling. Die Schulgeldbeihilfen und Stipendien machten 136.800 Schilling aus, doch sind hier nur die Schüler erfasst, die an Kunstschulen studieren.

Die Preise der Stadt Wien waren heuer zum ersten Mal mit je 10.000 Schilling dotiert, dazu kamen ebenfalls zum ersten Mal 10 Förderungspreise zu je 3.000 Schilling.

In ganz Europa gibt es keine Stadt, die eine ähnliche Stiftung wie die Dr. Karl Renner-Stiftung aufweist. Ich freue mich, sagte Stadtrat Mandl, daß die Art der Verleihung solche Anerkennung in der Öffentlichkeit gefunden hat. (Beifall.)

Die Fremdenverkehrswerbung war auch in diesem Jahr völlig unzureichend mit 100.000 Schilling dotiert. Der Anteil Wiens am österreichischen Ausländerfremdenverkehr ist von 40 Prozent im Jahre 1937 auf 8.6 Prozent im Jahr 1952 gesunken. Entscheidend für diesen Rückgang sind die Demarkationslinien, unter denen auch Niederösterreich leidet. Hier kann nur ein großzügiger Propagandafeldzug Wirkung haben, für den jedoch nicht nur die Stadt sondern auch die interessierte Wirtschaft die Mittel aufbringen muß. Stadtrat Mandl richtete in diesem Zusammenhang einen Appell an alle, bei den kommenden Verhandlungen über das Landesfremdenverkehrsgesetz mitzuhelfen.

Einen umfassenden Überblick gab der Referent über die Festwochen, für die im kommenden Jahr 800.000 Schilling vorgesehen sind. Er teilte mit, daß das Beispiel der Wiener Festwochen in einzelnen Programmpunkten bereits anderwärts nachgeahmt wird. Zürich und Berlin haben in ihr Festwochenprogramm Ausstellungen aufgenommen. Salzburg und Bregenz veranstalten einen Schaufensterwettbewerb.

Auch im kommenden Jahr wird den Festwochen wie bisher die Richtlinie dienen, möglichst eigene Kunstkräfte zu verwenden, neben großen zentralen Veranstaltungen auch in die Bezirke hinauszugehen und die Eintrittspreise so zu gestalten, daß es sich jeder leisten kann Festwochenveranstaltungen zu besuchen. 36 Konzerte wurden heuer abgehalten, bei denen 34.810 zahlende Besucher gezählt wurden. Die Staatsoper war täglich ausverkauft. Auch bei den Theatern waren von 9.000 Plätzen täglich im Durchschnitt 8.100 Plätze verkauft. (Beifall.) Im Mittelpunkt der Ausstellungen stand die große Schulausstellung, die von 320.000 Personen besucht war. In 18 der 26 Wiener Bezirke wurden während der Festwochen 116 Veranstaltungen mit 120.000 Besuchern abgehalten. Insgesamt zählten die Wiener Festwochen 750.000 Besucher.

Das Programm der Festwochen 1953 wird in dieser Woche abgeschlossen und in der nächsten Zeit der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

Dem Kulturantrag obliegt auch viel Verwaltungsarbeit. So wurden 12.000 Konzessionen vergeben und fast 4.000 Sperrstundenbewilligungen erteilt. Von den 257 Spielfilmen, die vom Filmbeirat beurteilt werden, mußten 32 Prozent für Jugendliche abgelehnt werden.

Der Kulturroschen, bei dem 1950 die ersten Einnahmen verzeichnet wurden, hat bisher 12,8 Millionen Schilling erbracht. Heuer haben die Ausgaben die 5 Millionengrenze bereits überschritten. Der Kinobesuch ist entgegen manchen Prophezeihungen gleichgeblieben. Von den 5,2 Millionen Schilling des Kulturroschens haben die Theater 2,1 Millionen erhalten. Die Ersparnisse, die durch das Wegfallen einer Operettenbühne erzielt wurden, habe man gut angewendet.

Die Serenadenkonzerte im Arkadenhof haben bei der Bevölkerung den stärksten Widerhall gefunden. Auch die Parkkonzerte fanden großen Anklang. Diese Veranstaltungen sollen auch im kommenden Jahr wiederholt werden. (Beifall)

Der Theaterbesuch hat leider nicht die gewünschte Aufwärtsentwicklung genommen, doch ist immerhin eine erfreuliche Stabilisierung eingetreten. Die Zahl der Zuschauer ist nur unwesentlich um 1 Prozent des Fassungsraumes zurückgegangen.

Erfreulich hingegen ist die Entwicklung im Musikleben. Stadtrat Mandl dankte in diesem Zusammenhang den Wiener Symphonikern, die die Träger des Wiener Konzertlebens sind. Sie haben sich in den letzten zwei Jahren zu einem Orchester von europäischem Format entwickelt. Die Symphoniker erhalten von der Stadt Wien als Subvention derzeit 584.000 Schilling, dazu 600.000 aus dem Kulturroschen, also 1,184.000 Schilling. Mit dem Bundeszuschuß beträgt die Gesamtsubvention 1,774.000 Schilling.

Außerordentlichen Erfolg hatten auch die Jugendkonzerte, von denen <sup>in dem Schuljahr</sup> in die dreizehn für 22.000 Schüler stattfinden. In nächster Zeit soll der Versuch gemacht werden, den Kindern auch die Oper nahezubringen. Für die Aufführung der Britten-Oper "Let us make an Opera" ist ein Betrag von 87.000 Schilling zur Verfügung gestellt.

Die Wiener Volksbildung, die in diesem Jahr mit 900.000 Schilling subventioniert wurde, weist weiterhin eine gesunde ansteigende Entwicklung auf.

In der Literaturförderung werden wertvolle literarische Neuerscheinungen angekauft und in den Schulen Dichterlesungen veranstaltet, die besten Erfolg haben.

Zur Förderung wissenschaftlicher Publizistik besteht der Notring der Wissenschaften, dem die Gemeinde im Jahre 1952 350.000 Schilling zur Verfügung gestellt hat. Mit dieser Subvention steht die Stadt Wien an der Spitze aller subventionierenden öffentlichen Körperschaften einschließlich des Bundes. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

Im abgelaufenen Jahr wurde auch der erste entscheidende Schritt auf dem Gebiete des Kulturfilms getan und mit dem Film "Symphonie Wien" ein Werk geschaffen, das als künstlerisch wertvoll angesprochen werden kann.

Der Kulturgroschen war eine wesentliche Hilfe für alle kulturellen Arbeiten und Organisationen. Es geht nicht an, daß Organisationen dann, wenn ihre Wünsche nicht restlos erfüllt werden, sagen, der Kulturgroschen werde falsch und unzweckmäßig verwendet. Es wird immer unsere Aufgabe sein, diese Gelder so zu vergeben, wie dies für das gesamte Kulturleben am besten ist.

Die Musiklehranstalten haben sich äußerst günstig entwickelt, und die Kindersingschulen weisen mit 6.600 Schülern den Höchststand seit 1945 aus. Die elf Musikschulen zeigen ebenfalls eine Steigerung der Schülerzahl auf 1.525. Auch die Entwicklung des Konservatoriums ist sehr zufriedenstellend. Die Auslese der Schüler ist dort sehr streng.

Die Modeschule der Stadt Wien konnte ihren ausgezeichneten Ruf im In- und Ausland weiter ausbauen und festigen. Sie hat derzeit 243 Schülerinnen, von denen 178 aus Wien, 52 aus den übrigen Bundesländern und 13 aus dem Ausland stammen. Die Zahl der Besucher aus dem Auslande könnte noch wesentlich gesteigert werden, wenn in Wien ein Heim für die Unterbringung der Schüler zur Verfügung stünde. Erstmals haben nach den Schuljahren 1951/52 28 Schülerinnen die Gehilfenprüfung abgelegt.

Die Städtischen Büchereien konnten in diesem Jahre besonders erfolgreich arbeiten. Sie erreichten mit 23.424 Monatslesern im November 1952 die höchste Leserzahl seit Bestand. Ein Vergleich mit dem Jahr 1949 ergibt eine Steigerung der Leserzahl um 44 Prozent. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.) Der Buchbestand ist seit 1949 um 12 Prozent auf 249.000 Bände gestiegen. Die Büchereien leiden heute noch an einer Überalterung des Buchbestandes. Erfreulicherweise wurde für Buchankäufe eine zusätzliche Summe von 500.000 S zur Verfügung gestellt, sodaß im kommenden Jahr für diesen Zweck 840.000 S bereit stehen. Versuchsweise ging man in zwei Büchereien von der Monatslesergebühr auf die Bandgebühren über. Dieser Versuch hat sich bewährt, sodaß diese Regelung für alle Zweigstellen angestrebt wird.

Die Landeslichtbildstelle hat ihre fruchtbringende Tätigkeit fortgesetzt. Auf dem Gebiete der Denkmalpflege wird im nächsten Jahr das Mozart-Denkmal im Burggarten aufgestellt werden. Die Beleuchtung von Denkmälern wird fortgesetzt werden, und zwar mit der Pallas Athene und den Rossebändigern vor dem Parlament, mit dem Strauß-Denkmal, den Brunnengruppen am Michaelerplatz, dem äußeren Burgtor, dem Maria Theresien-Denkmal und dem Turmhelm der Kirche Maria am Gestade.

Die Stadtbibliothek wurde 1952 erstmalig mit einem größeren Betrag von 1,500.000 S dotiert, wodurch es möglich war, den Dachboden des Rathauses auf der Seite der Felderstraße als Depoträume auszubauen. Die Bauarbeiten sollen noch Ende Dezember 1952 abgeschlossen werden und im nächsten Jahr bis Sommer die Einrichtung erfolgen. Die Regale werden eine Länge von 7 km haben, wodurch der Bedarf auf 20 Jahre gedeckt ist. Bis zum Sommer sollen auch die 200.000 Bände der Stadtbibliothek, die derzeit in der Volkshalle gelagert sind, in die neuen Depoträume geschafft werden. Die Zahl der Benutzer ist im ständigen Steigen. 1950 betrug sie 13.500, 1952 21.000.

Günstig war auch die Entwicklung der Raumverhältnisse für die Städtischen Sammlungen. Das Museum arbeitet derzeit vor allem an der Ordnung der 70.000 Blatt umfassenden Mappensammlung. Die Heimatemuseen nehmen einen erfreulichen Aufstieg. Im Jahre 1952 konnten neun Heimatemuseen dazu gewonnen werden.

Die Raumverhältnisse des Archivs der Stadt Wien sind demgegenüber unzulänglich. Im kommenden Jahr wird eine umfassende Planung notwendig sein, um dem Verfall der Bestände entgegenzuwirken.

Die Ansätze für den Körpersport sind für das Jahr 1953 um rund eine halbe Million höher als 1952. Diese Erhöhung kommt vor allem der Reparatur der Schulturnsäle zugute, bei denen sich nicht nur die Bombenschäden, sondern vor allem auch die Devastierungen durch Militär auswirkten. 1945 waren von den 385 Turnsälen in Wiener Schulen 310 gänzlich unbenützlich, 28 teilweise benützlich und nur 47 brauchbar; 1953 sind 338 brauchbar und nur 47 gänzlich unbenützlich. 239 von den 385 Turnsälen werden regelmäßig nachmittag von großen Sportorganisationen für Kinderturnen benützt. Das Schülerschwimmen wird weiterbetreut, das Haltungsturnen wird auf Wunsch der Ärzte ausgebaut.

Die Gemeinde Wien betreibt derzeit 30 Jugendspielplätze, die allen modernen Anforderungen entsprechen; davon sind 1952 allein vier neu eröffnet worden. Im kommenden Jahr werden sechs weitere Jugendspielplätze gebaut, und zwar in der Josefstädter Straßepfeilgasse, Knöllgasse, Herbststraße, Franz Glaser-Gasse, in Breitenlee und der Siedlung Rodaun. Auch in diesem Jahre bestand das Bemühen, den Sportverbänden durch Beistellung von Grundflächen für Sportplätze zu helfen. Es konnten fünf Neuverpachtungen durchgeführt werden, sieben Grundbeschaffungen sind noch in Schweben. Von den 131 in Wien vorhandenen Sportplätzen sind 75 auf Gemeindegrund und werden von der Stadt Wien zu einem Pachtzins von 2 bis 4 Groschen pro Quadratmeter und Jahr den Sportorganisationen zur Verfügung gestellt.

Seit Einführung des Sportgroschens sind insgesamt 6,104.000 Schilling zur Ausgabe gelangt, davon 4,5 Millionen allein für den Sportplatzbau. Gegenwärtig befinden sich zwölf Sportplätze verschiedener Vereine im Bau.

Wir sind in unserer Geschäftsgruppe wieder ein Stück weitergekommen, und ich hoffe, schließt StR.Mandl sein umfangreiches Referat, daß auch im kommenden Geschäftsjahr diese Aufwärtsentwicklung anhält, zum Nutzen unserer Kulturschaffenden und unserer ganzen Bevölkerung.

Ich danke allen meinen Mitarbeitern, die sich im abgelaufenen Jahr bemüht haben, ihr Bestes zu geben, ich danke den Mitgliedern meines Gemeinderatsausschusses für die vorbildliche Zusammenarbeit, und ich danke schließlich allen kulturellen Verbänden, mit denen uns der gleiche Wille zum Wiederaufbau verbindet.

Wien war und ist eine Kulturstadt, und alle unsere Bemühungen werden mit dazu beitragen, daß der Ruf Wiens als Kulturstadt, der in der ganzen Welt ungebrochen und aufrecht erhalten ist, auch in Zukunft nicht ins Wanken gerät, daß Wien jene Stätte bleibt, zu der die Menschen aus aller Welt pilgern, eine Sammelstätte der Kultur, der Wissenschaft und der Bildung. (Lebhafter Beifall bei der SPÖ.)

#### Die Kulturdebatte

GR. Martha Burian (WdU) stellt fest, daß das Kulturbudget der Gemeinde abzüglich der Ausgaben für Körpersport 20 Millionen Schilling ausmache. Mit diesem Betrag könnte man ebenso wie Stadtrat Resch zufrieden sein, wenn er für reine Kulturausgaben zur Verfügung stünde. Da man aber davon noch die Hälfte für Personalausgaben abziehen müsse, bleiben für reine Kulturbelange nur 10 Millionen. Bei dieser Summe könne man kaum mehr annehmen, daß sich die Verwaltung der Stadt Wien ihrer Verpflichtung zur Erhaltung ewiger Werte und damit des größten Aktivums unseres Landes bewußt sei.

Man habe sehr viel Phrasen über Jugendschutz gehört, geschehen sei aber nichts. So wurde der selbstverständliche Antrag der WdU, vor jugendfreien Filmen Vorspanne aus Filmen mit Jugendverbot zu verbieten, abgelehnt. Die zur Förderung von Kulturfilmen ausgegebenen Steuergelder aus den Taschen der Allgemeinheit seien nicht für kulturelle Kurzfilme, sondern für rote Wahlpropaganda verwendet worden. Für Parteizwecke sei immer Geld in Hülle und Fülle da, für eine Schulausstellung habe man Millionen Schilling übrig gehabt, aber für wirklich unpolitische Zwecke müsse immer gespart werden.

Da diese Budgetansätze der Kultur keine festen Grundlagen geben können, seien die Unabhängigen nicht in der Lage, dieses Budget zu unterstützen, sie müßten es daher ablehnen.

GR. Dr. Matejka (LBl.) weist darauf hin, daß in diesem Jahre in der Kulturstadt Wien etwas geschehen sei, was in der Kulturgeschichte dieser Stadt zweifellos ein Novum bedeute.

Im Mai dieses Jahres habe zum ersten Mal ein großer Teil der geistigen Arbeiter beschlossen, in einer Großkundgebung ihre Forderungen der Öffentlichkeit mitzuteilen und einen Demonstrationzug über den Ring zu veranstalten. Das Negative daran sei, daß es zu dieser Demonstration und zu dieser Kundgebung nicht gekommen sei, das Positive sei das Zustandekommen eines 20-Punkteprogramms der Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft.

Der erste Punkt dieses Programms verlange die Erreichung eines Kulturbudgets, das der kulturellen Stellung Österreichs und der Dotierung von Wissenschaft und Kunst in den anderen Staaten entspreche. Schon dieser Punkt spreche sehr deutlich eine Art Todesurteil über die Ziffern und Zahlen des Kulturbudgets der Gemeinde Wien. Wien könne und müsse diesen Punkt erfüllen, wenn es wirklich zu seinen geistigen Arbeitern, zu seinen Kulturträgern, seinen Künstlern und Wissenschaftlern, kurz zu allen stehen wolle, für die es eine große, ewig dauernde gegenwärtige, vergangene und zukünftige Kulturverpflichtung habe.

Aus den weiteren Punkten dieses Forderungsprogramms sei insbesondere hervorzuheben das Verlangen nach einem maßgebenden Mitspracherecht der kulturellen Organisationen und Interessenvvertretungen in allen Fragen kultureller Budgetierung, die gesetzliche Regelung einer würdigen Altersversorgung der freischaffenden Wissenschaftler und Künstler, die Aufhebung der Vergnügungssteuer für kulturell wertvolle Veranstaltungen, die Schaffung eines gesamtstaatlichen einheitlichen Theatergesetzes sowie die Übernahme eines Sprechtheaters, einer Operettenbühne und eines Symphonieorchesters in eigener Regie der Gemeinde Wien.

In einem Resolutionsantrag verlangt der Redner, der Gemeinderat möge sich zu dem 20-Punkteprogramm der Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft bekennen und die sofortige Durchführung jener Punkte des Programms beschließen, die im Wirkungsbereich des Landtages und des Gemeinderates liegen.

Die vor kurzem stattgefundene Ausstellung "Der unbekannt politische Gefangene" bezeichnet der Redner als eine Schande. Bedauerlich sei, daß dort von der Gemeinde Wien subventionierte Künstler ausgestellt haben. Die Neuanschaffung von Büchern für die Städtischen Büchereien wäre begrüßenswert, doch zu gering. Auch sollten diese Büchereien den Anschluß an die Weltliteratur nicht außer acht lassen und nicht nur westliche Bücher, sondern auch solche aus der Sowjet-Union anschaffen. Die Verzögerung der Aufstellung des Mozart-Denkmal sei bedauerlich. Es wäre zu erwägen, ob der freigebliebene Platz vor der Oper, das Grundstück des ehemaligen Heinrichshofes, hierfür nicht geeignet wäre. Der Redner regt sodann eine Übernahme der Symphoniker durch die Gemeinde Wien an. Ein diesbezügliches Kommunalisierungsansuchen der Symphoniker wurde bereits gestellt. Auch die Frage über den Weiterbestand der Volksoper, die eine vieldiskutierte ist, bedürfe einer Lösung. GR. Dr. Matejka bittet den Referenten auch um Auskunft über die Entwicklung der Volkshochschulen. Ein vom Redner gestellter Beschluß- und Resolutionsantrag beinhaltet die Forderung um Einbeziehung der "Scala" in die vom Kultur Groschen subventionierten Theater. GR. Dr. Matejka nimmt gegen die Finanzierung der Staatspreise aus dem Kultur Groschen, wie sie der Bund handhabt Stellung, da die Gemeinde Wien die von ihr gestifteten Förderungspreise aus eigenen Mitteln aufbringt. Dies dürfte aus ungesunden Konkurrenzgründen nicht geschehen. Tanztourneen ins Ausland dürften nicht durch den Kultur Groschen finanziert werden sondern aus eigenen Mitteln der Gemeinde. Der Redner spricht sodann über die Wichtigkeit der Schaffung eines Gesetzes über Schmutz und Schund. In Wien werden jährlich viele Millionen Schilling für schlechte Literatur und schlechte Filme ausgegeben. Die Behandlung dieses Problems, auf das vor Jahren schon hingewiesen wurde, wird immer dringlicher. Der Redner spricht dann über die Zusammenhänge zwischen Jugendkriminalität und Schmutzfilmen. Er verlangt die Untersagung der Einfuhr solcher Filme. Dr. Matejka erinnert auch daran, daß man bei der Eröffnung des Metro-Kinos versprochen habe, nur gute Filme aufzuführen; dies sei jedoch nicht der Fall. Er erinnert ferner an die Ereignisse in Kaiser Ebersdorf und bemerkt dazu, daß am Tag vor der Revolte im Ortskino der Film "Meuterei im Morgengrauen" gespielt wurde, bei diesem Film war ein Großteil der Jugendlichen im Kino.

Der Redner zitiert eine lange Reihe von Filmrezensionen aus dem "Kleinen Volksblatt" und anderen Wiener Zeitungen, die alle gegen diese Filme Stellung nehmen. Er stellt schließlich zu diesem Thema einen Antrag, in dem es u.a. heißt, der Gemeinderat solle jene amerikanischen Filme entschieden ablehnen, die das Verbrechertum verherrlichen.

Im Zusammenhang mit der Sportförderung durch die Gemeinde Wien kritisiert Dr. Matejka die große steuerliche Belastung bei den Sportveranstaltungen. Er verlangt Auskunft, wie es mit dem Ausbau des Vienna-Platzes auf der Hohen Warte steht, und ob tatsächlich die Gemeinde Bedenken wegen der Konkurrenzierung des Stadions hat.

Zu den Sozialisten gewendet, erklärt Dr. Matejka, daß in der Sportförderung ein Doppelspiel betrieben werde, da ein krasser Widerspruch zwischen den Worten und den Taten bestehe. Österreich sei das Land mit den höchsten Sportabgaben, während andererseits für den Sport nicht einmal 1 Prozent der Einnahmen ausgegeben werde. Das Sporttoto könne die Gemeinde nicht der Verpflichtung entheben, für den Sport das zu tun, was ihm gebühre. Mit einer Almosenpolitik könne der Sport auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden.

Er stellt im Zusammenhang damit einen Resolutionsantrag, den Stadtsenat und die Amtsführenden Stadträte mit der Durchführung von Maßnahmen zu beauftragen, die geeignet seien, den Notstand im Wiener Sport zu beseitigen, so Aufhebung der Vergnügungssteuer für Sportveranstaltungen, ausreichende Subventionierung der Wiener Sportvereine, Einführung einer ermäßigten Wochenkarte für Sportler auf allen städtischen Verkehrsmitteln, Bewilligung der Verwendung von Lastautos für den Transport von Sportmannschaften, Rückführung der Mietengebühren für Sportplätze, Sicherung der Sport- und Spielplätze für die Sportler. Außerdem solle der Bürgermeister beauftragt werden, von der Bundesregierung sportfördernde Maßnahmen zu verlangen.

Der Redner wendet sich ferner gegen das Überhandnehmen von Blättern, die sich mit politischer Astrologie und Horoskopie beschäftigen, und schließt seine dreieinhalbstündigen Ausführungen mit dem Appell, in der Wahrung der Kultur nun endlich von Worten zu Taten überzugehen.

Man werde sich endlich zu Handlungen aufraffen müssen, um unser Land von der moralischen und moralistischen Beilage des Schutzes und Schundes zu befreien, die im Gefolge des Marshallplanes gekommen ist. Die Weltgeschichte wird Sie schuldig sprechen, ruft er den Gemeinderäten zu. Sie hat Sie schon schuldig gesprochen! (GR. Marek: Nicht von Gerichtsurteilen sprechen! - Heiterkeit.)

GR. Eleonore Hiltl (ÖVP) meint, diese Geschäftsgruppe wäre eigentlich dazu angetan, das Hohe Lied der Kunst, Musik, Wissenschaft und Kultur unserer Wienerstadt zu singen, aber leider könne man kein volles Verständnis und kein ausreichendes Budget für diese Verwaltungsgruppe im Jahre 1953 finden. Bei einem Gesamtbudget von 3 Milliarden Schilling seien für Kultur und Volksbildung nur 24 Millionen vorgesehen, von denen jedoch nur 14 Millionen effektiv für Kultur und Volksbildung ausgegeben werden. Andererseits ist allein die Vergnügungssteuer mit Einnahmen in der Höhe von 47 Millionen Schilling präliminiert, die sich aus Beträgen der Lichtspieltheater, des Sportes und der Theater, aus Tanzveranstaltungen und Ausstellung zusammensetzen. Wenn schon so hohe Beträge an Vergnügungssteuer von den Lichtspieltheatern stammen müßte doch ein entsprechender Betrag gegeben werden, um diesen Lichtspieltheatern einen Ausbau ihrer rückständigen Einrichtungen zu ermöglichen. Auch die Theater müßten mehr subventioniert werden.

Wenn man immer davon spricht, erklärt Rednerin, daß die Gemeinde Wien heute das Mäzenatentum übernimmt, muß man im Hinblick auf die ausgeworfenen Summen sagen, daß sich die wirklichen Mäzene wahrscheinlich geniert hätten, sich bei so kleinen Beträgen wie die der Gemeinde Wien sind, als Mäzene feiern zu lassen.

Eine hervorragende Rolle in der Kunst haben die Theater zu spielen. Es ist eine Schande, daß die altbekannte Theaterstadt Wien aus dem allgemeinen Budget nicht einen einzigen Groschen für die Unterstützung der Theater zur Verfügung stellt. Was für die Theater gegeben wird, stammt ausschließlich aus dem Kultur-groschen. Die Stadt Wien sollte so wie die Bundesländer und die Landeshauptstädte auch die privaten Theater, die neben den vier staatlichen Bühnen in Wien bestehen, subventionieren.

Für das Theater in Graz werden z.B. 10 Millionen Schilling an Subvention gegeben. Der Anteil am Kulturgroschen, der den Theatern im letzten Jahr gegeben wurde, ist nach der heutigen finanziellen Lage der Privattheater zu gering. Die Eintrittspreise in diesen Theatern haben sich um ungefähr das Dreifache erhöht, während der gesamte Sach- und Personalaufwand um das Achtfache gestiegen ist. Bei dieser Relation kann man nicht verlangen, daß sich die Theater aus eigener Kraft erhalten. Während die Theater in den Bundesländern ihren Aufwand nur zu 50 Prozent aus eigenen Mitteln bestreiten müssen, müssen sich die meisten privaten Theater in Wien zu 80 Prozent selbst erhalten.

Die Wiener Symphoniker sind schon zu Ende des vorigen Jahres an ihren Präsidenten, Vizebürgermeister Honay, sowie an den Bürgermeister mit der Bitte um Übernahme des gesamten Orchesters in die Gemeinde herangetreten. Das Budget der Wiener Symphoniker beträgt über 3,5 Millionen Schilling im Jahr. Die Subventionierung des Orchesters macht 1,5 bis 2 Millionen aus, sodaß für die Symphoniker noch ein Betrag von 1,5 bis 2 Millionen zu decken bleibt. Durch diese Schlechterstellung gegenüber den Philharmonikern, die vom Bund vollkommen unterhalten werden, kann eine gewisse Konkurrenzierung und die Gefahr entstehen, daß die besten Künstler darnach streben, zu den Philharmonikern hinüberzugehen, weil sie dort bessere Bedingungen erwarten können. (Vizebürgermeister Honay: In 5 Jahren sind drei hinübergewandert. Das ist keine Finanzfrage, sondern wir lehnen es ab, pragmatisierte Musiker zu haben!)

Die Volksbildungshäuser, die heute schon eine gewisse Höhe erreichen und immer mehr Zuspruch in der lernbegierigen Bevölkerung finden, leiden unter der starken Besteuerung. Die Steuerleistungen dieser Anstalten sind ebenso hoch wie die Subventionen an diese Volksbildungshäuser. Die Urania weist bei Einnahmen von 330.000 Schilling einen Gebarungsabgang von 236.000 Schilling auf, erhält aber nur eine Subvention von 183.000 Schilling. Die Volkshochschule Wien West hat bei Eigeneinnahmen von 193.000 Schilling einen Aufwand von 285.000 Schilling zu bestreiten, erhielt jedoch nur eine Subventionierung von 60.000 Schilling. Man müßte

endlich darangehen, die Subventionen aus dem Kulturgroschen und den Gemeindegeldern gerechter zu verteilen und die Leistungen jener Volksbildungshäuser, die es verstehen aus eigener Kraft und eigener Initiative einen bedeutenden Anteil des Aufwandes selbst zu decken, nicht deshalb mit einem geringeren Subventionsbetrag zu bestrafen, sondern man sollte ihnen gleichsam als Prämie eine höhere Subvention geben.

Die Rednerin verlangt weiter eine mildere Besteuerung von Veranstaltungen, die kulturellen Zwecken dienen. Es munde eigenartig an, wenn eine Gratisvorführung des Zirkus Rebernigg im Altersheim Lainz nachher mit einer "Raumpauschsteuer" belegt werde. Und es habe vielen ein Lächeln gekostet, daß anlässlich der Gedenkmesse am Katholikentag im Stadion Kontrollspitz der Gemeinde Wien auftritt, um zu beobachten, ob nicht irgendetwas mit Abgaben und Steuern belegt werden kann. GR. Hiltl stellt im Namen ihrer Fraktion den Antrag, Veranstaltungen zu wohltätigen Zwecken und Veranstaltungen von Jugendlichen und für Jugendliche in Zukunft von der Lustbarkeitssteuer zu befreien.

In den Musikschulen der Gemeinde müßte es das Ziel sein, einer musikbegabten Jugend eine kostenlose musikalische Erziehung zu vermitteln. Von diesem Idealzustand sind wir noch sehr weit entfernt. Das Schulgeld im Konservatorium beläuft sich heute samt Nebengebühren pro Unterrichtsstunde ungefähr auf 3.40 S, während dem Lehrer durchschnittlich 20 S pro Stunde gezahlt wird. Man könnte sich darüber freuen und es positiv beurteilen, daß die Gemeinde pro Schüler und Unterrichtsstunde 16.60 S dazuzahlt, aber es entsteht hier eine Ungerechtigkeit einerseits jenen Schülern gegenüber, die nicht in eine Musiklehranstalt aufgenommen werden können, und andererseits eine Ungerechtigkeit gegen die privaten Musiklehrer, die heute durch die Musiklehranstalten konkurrenziert werden.

Viele Menschen unserer Stadt beklagen sich darüber, daß sie gerne in die städtischen Büchereien gehen würden, dort aber keine Werke finden, die sie lesen möchten. Unter den Neuerscheinungen finde man sehr viele Bücher, die den Materialismus und den Internationalismus propagieren, Bücher, die offen und versteckt gegen Kirche und Religion hetzen. Man finde aber in diesen Büchereien keine christlichen Schriftwerke sowie Bücher aus

dem Zeitalter der christlichen Erneuerungsbewegung.

Aus dem Sport schafft sich die Gemeinde durch ihre Steuern große Einnahmen. Ein Ländermatch im Stadion bringt der Gemeinde eine Steuereinnahme von etwa 170.000 S. Was macht die Gemeinde über für den Sport, der eine Angelegenheit des ganzen Volkes und eine Notwendigkeit für jung und auch alt ist? Die Einnahmen, die sich die Gemeinde aus dem Sport zu verschaffen weiß, müßten in weit größerem Maße dazu verwendet werden, um den Sport immer weiter in die Bevölkerung hinauszutragen und es viel mehr Menschen möglich zu machen, sich sportlich zu betätigen. Die Wiederherstellung des Sportplatzes auf der Hohen Warte lege auch der Gemeinde Wien die Verpflichtung auf, die Zufahrtsstraße zur Hohen Warte herzurichten.

Die Kultur muß den ganzen Menschen, sie muß Geist, Seele und Körper als Ganzes erfassen. Wir dürfen bei der Betreuung des rein Materiellen nicht auf den Geist vergessen, deshalb darf auch die Pflege des Geistes und der Seele nicht vernachlässigt werden. Zur Pflege des Seelischen gehört auch eine religiöse Erziehung des Menschen. Immer wieder hört man klagen, daß man sich in manchen Schulen um das gesetzlich festgelegte Schulgebet drücken möchte. Wir hören, daß sich viele Lehrer während des Schulgebetes in einer merkwürdigen und unverantwortlichen Weise benehmen: sie gehen auf den Gang hinaus, zünden sich eine Zigarette an oder stehen mit den Händen in den Hosentaschen vor ihren Schülern. So viel Achtung kann jeder Mensch vor dem Religionsbekenntnis des anderen bezeugen, daß er während des Schulgebetes durch sein Benehmen die gebührende Ehrfurcht zum Ausdruck bringt. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Rednerin protestiert im Namen der jungen Lehramtskandidatinnen, die aus privaten und konfessionellen Schulen hervorgegangen sind, gegen die Übung des Wiener Stadtschulrates, daß diese gegenüber den Bewerbern, die aus staatlichen Schulen kommen, zurückgesetzt werden, und beantragt namens der ÖVP die Einführung des Religionsunterrichtes als Freigegegenstand an den Wiener Berufsschulen.

Der Stadtrat für Kultur und Volksbildung, sagt sie abschließend, rudert mit schwachen Kräften gegen ein Meer von vielleicht nicht vorhandenem Verständnis. Es ist noch nicht so weit, daß von

seiner Partei und vor allem von seiten des Finanzreferenten das richtige Verständnis für die Wichtigkeit der Kultur aufgebracht wird. Die Kultur ist der Maßstab eines Volkes, und die Aufwendungen für die Kultur sind der Maßstab für das kulturelle Niveau der Partei, die über das Budget zu bestimmen hat. Wir sollen nicht anderen die Sorge um die Kultur überlassen, sondern uns an den Mahnruf halten: Achten Sie darauf, daß die Angelegenheiten der Kultur, welche eine öffentliche Angelegenheit sind, keinen Schaden nehmen! (Starker Beifall bei der Volkspartei.)

GR. Dr. Stemmer (SPÖ) erklärt, vorerst zu den Ausführungen der GR. Nora Hiltl Stellung nehmen zu müssen. Sie habe festgestellt, daß wenn man vom Kulturbudget die Erlöse aus dem Kultur- und Sportgroschen und die sonstigen Einnahmen abrechnet, eigentlich nichts übrig bleibe. Das sei keine besondere Weisheit, das ist letzten Endes überhaupt das Wesen eines Budgets. Wenn man alle Einnahmen wegnimmt, bleibt nichts übrig! Auch ihr Verlangen, die aus Kultur- und Sportveranstaltungen erzielten Erlöse wieder für den gleichen Zweck zu verwenden, sei unmöglich. Das gleiche auf andere Gruppen angewendet, würde zum Beispiel bedeuten, daß die Hundesteuer wieder nur den Hundebesitzern zugute kommen dürfte, die Gefrorenessteuer den Eisessern u.s.f. Die Rednerin habe auch eine Reihe von Einnahmenverminderungen vorgeschlagen, so zum Beispiel Vergnügungssteuernachlässe oder Streichungen; auf der anderen Seite trat sie aber für erhöhte Ausgaben auf den verschiedensten Gebieten auf. Der Redner wirft nun die Frage auf, wie man bei sinkenden Einnahmen erhöhte Ausgaben vornehmen könne. Zu den Gemeinderäten des Linksblocks gewendet, sagte GR. Dr. Stemmer, er habe die während des laufenden Jahres und der letzten Budgetdebatte gestellten Anträge auf Mehrausgaben zusammengerechnet; sie würden etwa 4½ Milliarden Schilling ausmachen. Das Gesamtbudget betrage jedoch nur 2.3 Milliarden Schilling. Zur Beschwerde, daß zur Feldmesse während des Katholikentages Steuerorgane zur Kontrolle erschienen, sei zu sagen, daß weder Stadtrat Resch noch ein Beamter der Finanzgruppe eine derartige Kontrolle angeordnet habe. Zu dem Verlangen der GR. Hiltl, die Stadt Wien möge sich wie andere Länder ein Landestheater halten, könne man nur sagen, daß dies im krassen Gegensatz zu ihrem Ausspruch stehe, eine "Kibasierung" der Theater würde sie ablehnen.

Man kann nicht in einem Atem verlangen, daß die öffentliche Hand nicht alle möglichen Angelegenheiten an sich reisse und dann den Antrag stellen, daß es doch so sein soll. Sie hat von den Symphonikern, von den städtischen Bühnen und auch von der Volksbildung gesprochen. Natürlich kann man eine Reihe von Kultur- und sonstigen Einrichtungen in die öffentliche Hand übernehmen, man übernimmt aber nicht die Einrichtungen sondern in Wirklichkeit ihre Defizite und die Verantwortung für sie.

Was das Budget selbst betrifft so ist zu sagen, daß viele Aufwendungen, die kultureller Art sind, in den Voranschlägen der Gruppe Kultur und Volksbildung gar nicht aufscheinen, sondern in anderen Gruppen geführt werden. So scheint zum Beispiel für das Schulwesen, das budgetmäßig bei der Gruppe Wirtschaftsangelegenheiten geführt wird, ein Betrag von einigen hundert und mehr Millionen auf. Es wäre sicherlich auch denkbar, daß die Gruppe Kultur und Volksbildung auch die Verwaltung des wohl größten Volksbildungsinstituts übernehmen könnte, nämlich die der Volks-, Haupt-, Sonder- und Berufsschulen. Auch der Bau von Wohnungen ist letzten Endes eine kulturelle Angelegenheit, wie die Gewährung von Stipendien, die gleichfalls in einer anderen Gruppe ausgewiesen werden.

Der Redner verweist darauf, daß zur Behandlung der Schulfragen im Rahmen der Stadt Wien erst ein Schulaufsichtsgesetz im Parlament geschaffen werden müsse, das für das ganze Bundesgebiet Geltung hätte. In diesem Zusammenhang möchte er aber betonen, daß sowohl erst Stadtrat Flödl, dann Stadtrat Nathschläger und nun Stadtrat Bauer, die die Wirtschaftsangelegenheiten seit 1945 führen und in deren Kompetenz die Fragen des Schulwesens fallen, hiefür viel Verständnis gezeigt haben.

Zur Frage Schulgebet und Schulkreuz sei zu sagen, daß es keinen Erlass für die Verrichtung des Schulgebetes und die Anbringung von Kreuzen in den Klassen gebe, sondern lediglich eine Empfehlung des Unterrichtsministeriums. Die Feststellung, daß Absolventen nichtstaatlicher Lehrerbildungsanstalten im Schuldienst nicht angestellt werden, müsse zurückgewiesen werden. Es ist dies jedoch ein sehr ernstes Problem. Die öffentlichen Lehrerbildungsanstalten haben nämlich die Aufnahme von Schülern mit Rücksicht auf den künftigen Bedarf gedrosselt. Die konfessionellen Lehr-

anstalten haben ihre Schülerzahlen jedoch in demselben Maße erhöht. Die Einführung des Religionsunterrichtes in den Berufsschulen wäre nur auf Grund eines Gesetzes möglich.

Wenn in den Zeitungen über eine derzeitige Kulturkrise geschrieben wird, müsse man bedenken, daß der Beginn des kulturellen Lebens nach 1945 in eine Zeit fiel, in der die Leute mit dem Geld noch nicht viel anzufangen wußten. Es sind dementprechend viele sogenannte kulturelle Einrichtungen aus dem Boden geschossen. Im Jahre 1945 besuchten zum Beispiel mehr als 4 Millionen das Theater, gegenwärtig beträgt die Besucherzahl etwa 2,120.000. Wie groß das Angebot an kulturellen Veranstaltungen ist, zeigt zum Beispiel, daß es in Wien derzeit vier Bundestheater und acht private Theater gibt, die über insgesamt 16.600 Sitze verfügen, 7 Konzertsäle, 8 Varietés, 7 Theatervarietés, 8 Freilichtbühnen und einen Zirkus. Wenn man die Zahl der Sitzplätze zusammenzählt ergeben sich 31.560 Plätze, zu denen noch 219 Kinos mit 90.400 Plätzen kommen, also stehen insgesamt 121.960 Plätze zur Verfügung. Diese mit 300 Spieltagen im Jahr multipliziert, was bestimmt nicht zu hoch gegriffen ist, ergeben 36,6 Millionen Plätze für 1,4 Millionen erwachsene Wiener. Nicht vergessen dürfen auch noch die bestehenden 4.055 Gasthäuser, 1.460 Kaffeehäuser, 324 Spirituosenschenken, 160 Buffets und 168 Eissalons werden. Der Redner erklärt, er würde gerne einige der genannten Betriebe streichen, aber es ist nun einmal so, daß die Menschen ihre Mittel für den nichtlebenswichtigen Aufwand eben so verwenden wie es ihnen zusagt. Zu erwähnen sind auch noch 132 Sportplätze, 3 Rennbahnen, 43 Museen und Sammlungen. Wenn man die Kino-, Theater- und Konzertbesuche von 1945 den heutigen gegenüberstellt, sieht man, daß der Theaterbesuch von 4,1 Millionen auf 2,1 Millionen zurückgegangen und der Konzertbesuch von 245.000 auf 276.000 gestiegen ist. Der Kinobesuch ist von 50,600.000 auf 46,700.000 zurückgegangen. Diese Zahlen zeigen, daß den vorhandenen Plätzen entsprechend jeder Wiener viermal im Jahr ein Theater und zweimal ein Konzert besuchen müßte. Das Hauptaugenmerk müsse darauf gerichtet werden, neue Schichten der Bevölkerung dem Kulturleben zu gewinnen.

Stadtrat Mandl hat vom Konsum auf verschiedenen Gebieten gesprochen. Der Redner ergänzte diese Ausführungen durch einige

Zahlen. So wurden in Österreich in einem Jahr ausgegeben: 500 Millionen Schilling für Rauchwaren, 400 Millionen für Wein, 350 Millionen für Bier, 300 Millionen für das Toto, 150 Millionen für Kino und 20 Millionen für Gefrorenes. Für Wien macht dies 500 bis 600 Millionen Schilling aus. Im Vergleich dazu beträgt der Kulturgroschen 5 Millionen Schilling!

Dr. Stemmer gab weiter einen Überblick über die wirtschaftliche Situation der Theater. Er betonte, daß die "Scala" einen Besucherdurchschnitt von 36 Prozent, in den schlechteren Monaten sogar von nur 27 Prozent aufweist. Nur 114.700 Plätze im Jahr werden verkauft, 197.307 bleiben unverkauft. Wenn jeder kommunistische Wähler jedoch nur dreimal im Jahr in die "Scala" ginge, brauchte dieses Theater keine Unterstützung. Warum gehen Ihre Leute also nicht hin, fragte der Redner, zu den Kommunisten gewendet. Sie müssen halt Ihr "Kultursoll" erfüllen, dann kommt sogar ein Reingewinn heraus!

Zur Frage eines Operettentheaters bemerkt der Redner, daß keine der Operettenbühnen eine solide Gebarung gehabt hat, vor allem aber hat keine nennenswerte Spielerfolge gebracht. Die Operette hat eben ihren ernstesten Konkurrenten im Tonfilm bekommen.

Ausführlich berichtete Dr. Stemmer über das "Theater in der Josefstadt". Diese Bühne hatte **einen** Schuldenstand von 1,25 Millionen Schilling. Nach der Entschuldungsaktion hat sich die Josefstadt noch die "Kammerspiele" und das "Bürgertheater" dazugenommen. Dabei waren die "Kammerspiele" in der vergangenen Saison, was die Besucherzahlen anlangt, gleich hinter der "Scala" eingereicht. In den ersten elf Monaten dieses Jahres hat die "Josefstadt" bereits wieder 586.000 S Schulden, lediglich das "Bürgertheater" hat einen Reingewinn von 180.000 S. Dazu kommen aber noch 600.000 S, die die "Josefstadt" für die Instandsetzung der Sträußelsäle schuldig ist.

Der Redner stellte dem gegenüber die Entnahmen durch die Direktoren. Der erste Direktor bezieht ein Jahreshonorar von 54.000 S, dazu kommen Entnahmen, die gar nicht in den Büchern verzeichnet sind. Der zweite Direktor erhält als Konsulent 42.000 S jährlich, 50.000 für die Benützung des Theaters und ist außerdem mit 45 Prozent am Reingewinn beteiligt. Der dritte bezieht ein Honorar von 42.000 S, dazu kommen 12.000 S für die Verwaltungs-

aufwendungen. Das Kontrollamt der Stadt Wien hat ferner festgestellt, daß das Bürgertheater 77.000 S weniger Gegen ausgezahlt hat. Diese mußte die Josefstadt auszahlen, weil dieses Theater den Kultur Groschen bekommt. Wenn man das alles weiß, schloß der Redner seine Ausführungen über dieses Thema, dann versteht man, mit welchem unguuten Gefühl die Gemeinde in das Theaterproblem einsteigt. Was die Theaterdirektoren wollen, ist einfach: Sie möchten den Gewinn abschöpfen und das finanzielle Risiko der öffentlichen Hand überlassen. Dazu ist jedoch das Budget der Stadt Wien nicht da!

Der Redner betont auch, man könne nicht sagen, daß für den Sport gar nichts geschieht. Er weist darauf hin, daß die Gemeinde Wien für viele Sportplätze nur einen Anerkennungspachtzins verlangt und erinnert an die 80 Millionen Schilling, die der Bau der Sporthalle verschlingen wird" auch dürfe man die Bedeutung der Totobeträge, die dem Sport zufließen, nicht vergessen.

Dr. Stemmer beschäftigt sich dann mit dem kommunistischen Debattenredner und hält Dr. Matejka vor, daß er heute von Wotruba und Karajan schlecht spreche, während er in der Zeit, als er selbst Stadtrat war, für diese Künstler eingetreten ist. (Stadtrat Afritsch: Artistische Metamorphose!) Unter lebhafter Heiterkeit des Hauses zeigt der Redner dem Gemeinderat eine Reihe von Bildern, die mangelhaft bekleidete Frauen darstellen und im kommunistischen "Abend" veröffentlicht wurden. Er erinnert Dr. Matejka auch daran, daß dieser genau wisse, man könne wohl einen Film in der amerikanischen, französischen oder englischen Zone für Jugendliche verbieten, aber nicht verhindern, daß er dann in der Taborstraße "jugendfrei" gespielt wird.

Im übrigen gab GR. Dr. Stemmer den Ansätzen für Kultur und Volksbildung im Namen seiner Fraktion seine Zustimmung.

Stadtrat Mandl nimmt in seinem Schlußwort zu den in der Debatte vorgebrachten Anregungen und Beschwerden Stellung. Der GR. Burian erklärt er u.a., daß die Subvention von 15.000 S nicht die einzige Zuwendung an das Künstlerhaus war, sondern außerdem für die Reparaturarbeiten am Künstlerhaus ein Betrag von 40.000 S gegeben wurde.

17. Dezember 1952 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 2089

Auf die Ausführungen des GR.Dr.Matejka, den er als den "Rhetorischen Zatepek" des Wiener Gemeinderates bezeichnet, gibt der Stadtrat zunächst seine Einstellung zur modernen Kunst bekannt. Ich lehne, sagte er, jede amtlich festgesetzte Kunst ab und erkläre nochmals, daß ich mich als Vertreter meines Amtes für nicht befugt erachte, zu bestimmen, was Kunst und Kultur ist. Wenn es aber heute in Wien den Art-Club oder eine ähnliche Einrichtung nicht geben würde, wären wir geradezu verpflichtet, eine solche Institution zu schaffen, weil in jeder Gemeinschaft von Künstlern ein gärendes Element, eine Art Hofe, wirken muß, weil nur durch dieses ewige Drängen ein Fortschritt erzielt werden kann.

Die Studiengebührenverordnung hat die Wiener Landesregierung mit Beschluß vom 9.Dezember beim Verwaltungsgerichtshof angefochten.

Die Bezüge der Wiener Symphoniker sind so wie die der Philharmoniker geregelt. Wenn Symphoniker zu den Philharmonikern streben, ist das nicht in erster Linie ein finanzielles Streben, sondern der Grund ist Ehrgeiz.

Die 20 Forderungen der Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft müßten noch genauer diskutiert werden. Ich stehe, teilt der Stadtrat mit, mit den Verantwortlichen dieser Vereinigung in Verhandlungen.

Die Aufstellung des Mozart-Denkmal dauert so lange, weil mit zwei Ministerien, dem Handelsministerium und dem Landwirtschaftsministerium, verhandelt werden mußte. Das Denkmal wird im Frühjahr 1953 aufgestellt werden.

Auf die Streitfrage, ob die Volksoper aufgelöst werden soll oder nicht, geht der Redner nicht näher ein, teilt aber mit, daß Direktor Salmhofer einen zweijährigen Vertrag unterzeichnet hat.

Im einzelnen befaßt sich Stadtrat Mandl auch mit Trouberg und seiner Bühne und geht sodann auf das Problem der Schmutz- und Schundfilme über. Vieles von dem, was Dr.Matejka vorgebracht habe, sei zu unterstreichen.

Man müsse sich aber dagegen wehren, daß immer dann, wenn ein Jugendlicher auf Abwege gerate, dies groß in der gesamten Presse aufgezo-gen werde. Man müsse auch die andere Seite sehen und be-denken, daß der Großteil unserer Jugend nicht schlecht ist und einen gesunden Kern hat.

Wenn man im Gemeinderat von Sport und Sportförderung spricht, wird d e Wort Sport mit Fußball gleichgesetzt. Ist aber der Fuß-ball wirklich die einzige Sportart, die wir zur Gesundheit unse-rer Bevölkerung pflegen müssen? Zur Sportförderung im Interesse der Volksgesundheit gehört mehr als nur das Fußballspielen.

Zu dem Wiederaufbau der Hohen Warte durch den Fußballklub "Vienna" führt Stadtrat Mandl aus: Auf der Hohen Warte wird ein bereits früher bestandener Sportplatz von einem Fußballklub wie-deraufgebaut. Daß dieser Sportplatz das Stadion konkurrenzieren sollte und etwa die Gemeinde Wien deshalb jetzt die Mittel für den Ausbau verweigert, ist völlig falsch. Nie ist von einem unse-rer Beamten aus diesem Grunde die geringste Schwierigkeit be-reitet worden. Wir haben nun die "Vienna" darauf aufmerksam ge-macht, daß wir momentan mit der Zubringung der Zuschauermassen etwas im Rückstand sind, da der Heiligenstädter Bahnhof noch nicht ausgebaut ist. Das war der einzige Grund, warum man der "Vienna" aufgetragen hat, den Sportplatz vorläufig mit einem Fassungsraum von 32.000 Zuschauern zu beschränken.

Der Stadtrat befaßt sich sodann noch mit den Anträgen der GR. Hiltl und Genossen, die er zur Ablehnung empfiehlt. Der Antrag, betreffend Befreiung von der Lustbarkeitssteuer für be-stimmte Veranstaltungen, stütze sich auf Beschlüsse Nieder-österreichs, die im Widerspruch mit dem Finanzausgleichgesetz stehen und beim Verfassungsgericht angefochten werden. Der An-trag, betreffend Einführung von Religionsunterricht als Frei-gegenstand in den Wiener Berufsschulen falle nicht in die Kom-petenz des Wiener Gemeinderates.

Die Debatte zu dieser Geschäftsgruppe, so beendet der Redner sein Schlusswort, ist der sichtbare Ausdruck für die Tatsache, daß Wien noch immer eine lebendige Kulturstadt ist. Ich hoffe, daß diese Stadt, die ihre kulturelle Kapazität in der Vergangenheit bewahrt hat, sie auch in der Zukunft bewahren wird. (Lebhafter Beifall bei den Parteigenossen.)

Bei der von dem Vorsitzenden Marek durchgeführten Abstimmung werden die Ansätze des III.Hauptstückes des ordentlichen Voranschlags der Gemeinde Wien einschließlich der dazugehörigen Ansätze des außerordentlichen Voranschlags ohne die Stimmen des Linksblockes und der WdU angenommen.

Die Anträge Dr.Matejka und Genossen, betreffend das 20-Punkteprogramm der Arbeitsgemeinschaft für Kunst und Wissenschaft sowie betreffend Subventionierung des "Neuen Theaters in der Scala" werden abgelehnt. Sein Antrag, betreffend Ablehnung von Schmutz und Schund in Filmen und literarischen Erzeugnissen, wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Sein Antrag, betreffend Sportförderung, verfällt der Ablehnung.

Auch die Anträge Hiltl und Genossen, betreffend Befreiung von der Lustbarkeitssteuer sowie betreffend Einführung des Religionsunterrichtes in den Wiener Berufsschulen werden abgelehnt.

Das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien  
=====

Über die Ansätze der Geschäftsgruppe für das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien referiert Vizebürgermeister Honey. Er führt aus: Oberstes Gebot jeder Sozialarbeit ist die unbestrittene These, daß Vorbeugen besser ist als Heilen. Diesen Leitsatz jeder zielstrebigen Fürsorge hat für Wien mein Lehrer und Vorgänger im Referat, der Schöpfer der modernen Wiener kommunalen Wohlfahrtspflege, Stadtrat Prof. Tandler, geprägt. Wir versuchen seit 1945 unter weitaus schwierigeren Verhältnissen, als wir sie nach dem ersten Weltkrieg vorgefunden haben, diesen Grundsatz zur Richtlinie unserer Arbeit zu machen. Es ist erfreulich, daß uns dies auf vielen Gebieten der kommunalen Fürsorge seither gelungen ist. Gewiß, alle Wünsche konnten wir nicht erfüllen; viel zu umfangreich sind die Schäden, die unserer Stadt und ihren Einrichtungen durch den verbrecherischen Krieg zugefügt wurden, aber in der gewaltigen Fülle der Anforderungen, denen entsprochen wurde, nimmt die Fürsorge einen breiten Raum ein.

Die Wohlfahrtspflege der Gemeinde gilt auch im Jahre 1953 gleichermaßen der Jugend und dem Alter!

Mit größter Sorgfalt betreuen wir das heranwachsende Geschlecht. Die von Monat zu Monat geringer werdende Zahl der Geburten legt uns die Verpflichtung auf, mehr noch als bisher das Kind zu befürsorgen. Wien hatte im Jahre 1910 noch 44.411 Lebendgeburten. Aber selbst bei Berücksichtigung der damaligen Einwohnerzahl von 2.1 Millionen gegenüber 1,7 Millionen heute, ist eine Geburtenzahl von **12.550 im Jahre 1951** eine bedenkliche Erscheinung. Wir sind da weit unter das Elendsjahr 1946 gekommen, in dem noch 16.323 Geburten erfolgten. Aber auch 1952 wird diese Zahl kaum erreicht werden, da bis November nur 11.321 Geburten gezählt wurden. Zieht man in Betracht, daß den 12.550 Geburten des Jahres 1951 nicht weniger als 25.872 Sterbefälle gegenüberstehen, dann werden wohl bald die "eingeborenen" Wiener in der Minderheit sein!

Die Säuglingssterblichkeit ist im Absinken. 1946 betrug sie 7.7 Prozent, 1951 noch 5.6 Prozent und wir halten jetzt bei

5 Prozent.

Es werden also weniger Kinder geboren, aber trotzdem steigt die Zahl der Kinder, denen die Stadt die Vaterstelle ersetzen muß. 1947 zählten wir 23.314 Mündelkinder, gegenwärtig sind es schon 26.978. Davon sind nur 142 ehelicher Geburt, eine Feststellung, die nicht allein auf Wien beschränkt ist, sondern die auch in den Bundesländern zu beobachten ist. Das Jugendamt hat da eine schwierige Arbeit zu leisten. Es muß die Vaterschaft feststellen. Dies ist meist nur in einem langwierigen Prozeßverfahren möglich, so daß gegenwärtig nicht weniger als 1.195 Vaterschaftsprozesse anhängig sind. Verfolgt man den Verlauf eines solchen Prozesses, dann erkennt man die Richtigkeit des bekannten Ausspruches "Vater werden ist nicht schwer, Vater sein, dagegen sehr!"

Die Zahl der Mündel, die wir in Heimpflege geben müssen, weil sie schwierige Erziehungsfälle sind, steigt ständig an; sie beträgt jetzt bereits 1.619. Dazu kommen noch 790 Mündel, die sich in Privatpflege befinden.

Im Zusammenhang mit den bedauerlichen Vorfällen in der Erziehungsanstalt Kaiser-Ebersdorf verweise ich auf die kaum nur noch als Nachkriegserscheinung zu bezeichnende Zerrüttung der Familien. Die Gemeinde hat in Eggenburg eine Erziehungsanstalt für männliche Jugendliche. Kann man allein die Jugendlichen, die dort untergebracht sind schuldig sprechen, wenn man erfährt, daß von ihnen 10 Prozent Vollwaisen, 15 Prozent mutterlos und 30 Prozent vaterlos sind? Daß 20 Prozent aus geschiedenen Ehen stammen und 25 Prozent unehelich sind? Die Ausschreitungen des besoffenen Vaters, der Lebenswandel der gestrauchelten Mutter sind nicht geeignet dem Kinde jene Erziehung zu bieten, die Voraussetzung für seine normale Entwicklung sein müssen. Fehlt die liebende Hand der Eltern, dann dürfen wir nicht den Stab über die Jugend brechen. Es müßte alles getan werden, um die Keimzelle des Staates, die Familie zu schützen. Ein verbildliches Familienleben wird das asoziale Kind zur Seltenheit werden lassen.

Erfreulich ist die Tatsache, daß der Rückgang der Geburten sich keineswegs auf die Inanspruchnahme unserer Mutterberatungsstellen auswirkt. Im Jahre 1951 wurden in dieser so nützlichen

Einrichtung 87.228 Beratungen gezählt; in den ersten zehn Monaten dieses Jahres bereits 75.702. Gegenwärtig sind in den 77 Mutterberatungsstellen 147 Fürsorgerinnen tätig. Auch die vier Beratungsstellen für Schwangere werden stark beansprucht.

Die Ausdehnung der unentgeltlichen Abgabe des Säuglingswäschepaketes auf die volksdeutschen Mütter bewirkte eine Erhöhung der Zahl im Jahre 1951 auf 10.831 gegenüber 10.161 im Jahre 1950. Vom Jänner bis Oktober 1952 wurden 8.222 Babyausstattungen ausgegeben. Eine solche Ausstattung kostet 175 Schilling. Im Voranschlag für 1953 sind 1,520.000 Schilling enthalten, was einer Anzahl von rund 8.700 Garnituren entspricht. Die Aktion wurde im Jahre 1947 wieder begonnen und in den nächsten Monaten wird die Gemeinde ein schönes Jubiläum feiern können: Die Ausgabe des 50.000sten Säuglingswäschepaketes. (Starker Beifall bei den Sozialisten.)

Armeekinder zählen wir jetzt 2.175. Der Zuwachs ist klein, er beträgt gegenüber 1951 nur 92. Amerika führt mit 1.025, dann folgen Rußland mit 643, England mit 344 und Frankreich mit 163. Von den 2.175 Besatzungskindern sind 85 schwarzhäutig, davon nur drei in Gemeindepflege.

Große Schwierigkeiten bereitet dem Jugendamt die Adoption. Die meisten Adoptiveltern wünschen Vollwaisen; wobei blonde und blauäugige Mädchen sehr gefragt sind. Gegenwärtig sind 209 Ehepaare vorgemerkt; davon nur 40 aus Wien, zwei Drittel wollen nur Mädchen adoptieren. Heuer wurden 63 Adoptionen durchgeführt.

Unsere Bemühungen, möglichst viele städtische Pflegekinder in die der Anstaltsbetreuung weitaus vorzuziehende Familienpflege einzugliedern, haben nur einen teilweisen Erfolg aufzuweisen. Von den 5.938 in Gemeindepflege befindlichen Kleinen sind nur 1.437 bei Familien, 2.482 in unseren eigenen Heimen und 2.019 in privaten Anstalten in Pflege. Im Interesse der Kinder müssen die Pflegeeltern gewissen Anforderungen entsprechen, wobei insbesondere oft schlechte Wohnverhältnisse und ein unbefriedigender Gesundheitszustand die Übergabe eines Kindes verbieten. Im Jahre 1953 sind an Pflegegelder vier Millionen Schilling veranschlagt.

Für Stipendien sind 3,428.000 Schilling vorgesehen. Davon

werden 1,218.000 Schilling vom Bund für 406 Gastarztstipendien rückvergütet; einen gleich hohen Betrag leistet die Gemeinde, so daß rund eine Million Schilling für die Hoch-, Mittel- und Fachschulen und Lehrlinge zur Verfügung stehen. Heuer wurden bereits an Hochschüler 230, an Mittelschüler 200, an Fachschüler 154 und an Lehrlinge 324 Stipendien in der Höhe von monatlich 50 bis 100 Schilling verliehen. Dazu kommen 483 Förderungsbeiträge bis zu 120 Schilling monatlich. Außerdem erhielten 798 Schüler einmalige und regelmäßige Studienbeihilfen. Es wurde im Schuljahr 1951/52 der im Voranschlag eingesetzte Betrag von 1,1 Millionen restlos verausgabt.

Bei der Schulkinderausspeisung ist ein weiterer Rückgang festzustellen. Im Jahre 1951 betrug die Zahl der an der Ausspeisung teilnehmenden Schüler noch 5.700, während heuer nur mehr 3.500 Schüler und Schülerinnen angemeldet sind. Da die Zustellung einer so kleinen Zahl von Portionen - an manche Schulen bloß fünf - unwirtschaftlich wäre, wurde die Ausspeisung der Schuljugend in die Kindergärten verlegt, was sich außerordentlich bewährt hat. Dadurch wurde auch eine einheitliche und reichliche Speisenfolge erzielt.

Bei der Ausspeisung unserer Schuljugend wurde der Grundsatz befolgt, daß kein Kind in der Schule hungern darf. Es ist auch ein großer Teil von der Zahlung der Beiträge teilweise oder gänzlich befreit, so daß diese Aktion ihren wirklichen Zweck, den bedürftigen Kindern eine warme Mahlzeit zu sichern, voll erfüllt. Im Jahre 1952 waren an Elternbeiträge 1,162.000 Schilling veranschlagt, 1953 sind es nur mehr 255.000 Schilling, denen Ausgaben von einer Million gegenüberstehen. Insgesamt sind für das Jugendamt rund 13,2 Millionen Schilling vorgesehen.

Unsere Kindergärten und Horte müssen immer mehr die Familie ersetzen. Gegenwärtig sind 14.885 Kinder eingeschrieben, davon 6.646 Mädchen. Im vergangenen Jahr waren es nur 12.263. 70 Prozent unserer Kindergartenkinder kommen aus Familien, in denen Vater und Mutter in Arbeit stehen. 15 Prozent sind uneheliche Kinder. Fast ein Viertel aller Kinder sind aus Erziehungsnotständen und aus sonstigen fürsorglichen Gründen in unseren Kindergärten! Das Einkindersystem findet sehr krass darin seine Bestätigung, daß 50,7 Prozent aller eingeschriebenen Kinder aus

Einkinder-Ehen stammen. Mehr als zwei Geschwister weisen nur 6,6 Prozent auf.

Der Ausbau dieser so notwendigen Einrichtung schreitet fort. Im Jahre 1953 werden in der Inneren Stadt, in der Leopoldstadt, auf der Landstraße, in Penzing und in Ober-Laa neue Anlagen errichtet. Dafür sind 3,2 Millionen Schilling bereitgestellt. Außerdem sind 850.000 Schilling im kommenden Jahr für verschiedene bauliche Herstellungen, Möbel, Geräte und Textilien vorgesehen. Der Voranschlag enthält rund 44,4 Millionen Schilling an Ausgaben, denen rund 7,3 Millionen Schilling Einnahmen, davon 7,1 Millionen Schilling Besuchsgelder und Ausspeisungsbeiträge gegenüberstehen. Die Zahl der Kindergärtnerinnen und Wärterinnen wird um 55 vermehrt, so daß im Voranschlag 1.342 Angestellte ausgewiesen sind. Der Personalaufwand ist mit rund 27,7 Millionen Schilling veranschlagt. An der Ausspeisung in den Kindergärten nehmen durchschnittlich 11.000 Kinder teil. Die schöne Einrichtung der Sommerkindergärten erfreut sich einer stets steigenden Beliebtheit. Im Jahre 1951 wurden die sieben Sommerkindergärten von 4.500 Kindern besucht; heuer waren es schon 5.160. An der Spitze steht der Girzenberg mit 2.420 Kindern. (Starker Beifall)

Im vergangenen Schuljahr sind rund 13.000 Vierzehnjährige aus den Schulen entlassen worden. Die nationalsozialistische Geburtenpropaganda wirkt sich auf diesem Gebiete im kommenden Jahr in 23.600 Schulkindern aus, die das vierzehnte Lebensjahr erreichen werden. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Gewerbe und Industrie diese große Zahl von Schulentlassenen aufnehmen werden können. Die Einführung eines weiteren Schuljahres ist geplant und leitende Kreise der Industrie haben bindende Zusagen gemacht, die auf eine zusätzliche Einstellung von Lehrlingen abzielen. Unsere so vorbildlich arbeitende Aktion "Jugend am Werk" kann dieses heikle Problem allein nicht lösen. Wir haben in dem schönen Haus in der Grundsteingasse Berufsvorbereitungskurse für die verschiedensten Gewerbe eingeführt; sie haben rund 800 Jugendlichen geholfen, wir werden im dritten Bezirk eine Musterlehrwerkstätte für die Metallarbeiten bauen, haben eine halbe Million Schilling in das Budget für diesen

Bau eingesetzt und rechnen dabei mit der Hilfe aller Körperschaften, die für die gewerbliche Ausbildung unserer Jugend verantwortlich sind. Das Sozialministerium unterstützt uns nach Kräften. Der Erfolg ist außerordentlich, was die jetzt im Haus des „Jugend am Werk“ in der Grundsteingasse zu sehende Lehrlingsarbeiten-Ausstellung beweist. Am schwersten zu lösen ist das Problem der Beschaffung von Lehr- und Arbeitsplätzen für die weibliche schulentlassene Jugend. Ich fühle mich verpflichtet dem Arbeitsamt für die praktische Mitarbeit auf diesem so schwierigen Gebiet Dank zu sagen.

Für das Wiener Jugendhilfswerk ist wieder so wie 1952 eine Subvention von 650.000 Schilling vorgesehen. Auch auf diesem Gebiet sind erfreuliche Fortschritte festzustellen. Es wurden in diesem Jahr 18.325 Kinder in Heime und 10.152 Kinder in Tageserholungsstätten geschickt. Sie verbrachten dort 691.989 Tage. Im vergangenen Jahr wurden nur 25.008 Kinder betreut und 84 Kinder auf Erholung nach Italien geschickt, während heuer bereits 184 Kinder <sup>in</sup> das Seebad in Sori bei Rimini gebracht werden konnten. Außer der Subvention hat die Gemeindeverwaltung noch drei Millionen Schilling für Verpflegskosten dieser Aktion beigesteuert und das Wiener Jugendhilfswerk selber hat an Verpflegungszuschüssen 1,800.000 Schillinge den angeschlossenen Vereinen gewährt.

Vizebürgermeister Honey ging sodann auf die Fürsorge für unsere Alten ein. Gegenüber den 1951 in Dauerfürsorgeunterstützung stehenden 32.563 Personen haben wir gegenwärtig nur 26.192 Dauerunterstützte. An der Spitze steht Favoriten mit 2.107 Dauerbefürsorgten, es folgt dann Fünfhaus mit 2.019, die Leopoldstadt mit 1959 und Ottakring mit 1846. An letzter Stelle stehen Hietzing mit 252 und Klosterneuburg mit 302 Dauerbefürsorgten.

Im Jahre 1951 hat die Gemeinde 58 Millionen Schilling an laufende Unterstützungen ausgegeben. Im Voranschlag für das Jahr 1953 sind trotz der kleineren Zahl der Befürsorgten 65,5 Millionen eingesetzt. Die Ausgaben für die Aushilfen, die im Jahre 1951 rund 5 Millionen erforderten, sind für das kommende Jahr

mit 7,7 Millionen präliminiert. Ebenso ist auch die Post "Wohlfahrtskrankenpflege" von vier Millionen auf 5,8 Millionen erhöht worden. Daraus ist klar ersichtlich, daß die geltenden Richtsätze für die Unterstützungen sehr liberal von den Fürsorgeämtern gehandhabt werden und daß vor allem auch durch die Beistellung von Textilien und Schuhen eine große Erleichterung den Befürsorgten zuteil wird.

Die Gemeinde hat vor 1938 als niedersten monatlichen Unterstützungssatz 12 Schilling und als Höchstsatz 56 Schilling gewährt. Unsere Richtsätze betragen gegenwärtig für den Alleinstehenden 242 Schilling und für den Hauptunterstützten 220 Schilling, dazu kommt noch die Bezahlung des Mietzinses und im Winter die Heizbeihilfe von 70 Schilling monatlich. Außerdem haben wir einen weiteren Ausbau der Tagesheimstätten für unsere Dauerbefürsorgten vorgenommen. Im Winter 1950/51 hatten wir 41 Tagesheimstätten im Betrieb, die von 317.000 alten Leuten besucht wurden, im Winter 1951/52 haben wir bereits 367.000 Besucher zu verzeichnen und in diesem Winter wurde die Zahl der Tagesheimstätten auf 45 erhöht. Wir haben im vergangenen Winter in diesen Lokalen 126.400 Liter Milchkafee unentgeltlich abgegeben, ebenso 133.280 Stück Mehlspeisen und zur Beheizung der Lokale waren 147.000 Schilling erforderlich. Im Voranschlag sind für diese Einrichtung 660.000 Schilling gegenüber 500.000 Schilling im Jahre 1952 vorgesehen. Ich darf darauf verweisen, daß wohl der beste Beweis für die Nützlichkeit dieser Einrichtung die Tatsache ist, daß im Jahre 1951 nur 423.500 Schilling für die Tagesheimstätten erforderlich waren. Der Bund hat bisher die Hälfte der Kosten getragen.

Die Zahl der Neuaufnahmen unserer Alten in die Altersheime nimmt ständig zu, wir haben heuer bereits 3.466 Personen einweisen müssen, so daß in diesen Anstalten nahezu 6000 alte Leute leben.

Zwei Einrichtungen, die heuer zum ersten Male erprobt wurden, muß ich besonders hervorheben. In erster Linie ist hier die Gewährung eines Urlaubes für die Dauerunterstützten zu erwähnen. Erstmals wurde im Mai mit der Entsendung in die Pension "Edelweiß" bei Heiligenkreuz begonnen. Sie hat sich anfänglich nur auf Ehepaare beschränkt und wurde später auch auf Einzelpersonen

ausgedehnt. Die Aktion wurde Ende Oktober beendet. Es sind 494 Personen auf je 14 Tage in diese Pension auf Kosten der Gemeinde entsendet worden. Jeder Gemeindefurlauber hat ein Taschengeld von 30 Schilling für diese 14 Tage erhalten. Selbstverständlich wurde auch der Mietzins weiter bezahlt, dagegen die laufende Unterstützung einmalig um 40 Prozent gekürzt. Wer Gelegenheit hatte die alten Leute in dieser Pension zu besuchen, muß anerkennen, daß hier ein schönes soziales Werk begonnen wurde. Wir werden es im kommenden Jahr ausdehnen, in dem die Entsendung von rund 1.500 Dauerbefürsorgten in Pensionen geplant ist. (Starker Beifall)

Die Besiedlung der Wohnungen für unsere dauerbefürsorgten Ehepaare stößt noch auf Anfangsschwierigkeiten. Der erste Teil in Floridsdorf mit 37 Wohnungen ist noch nicht ganz besiedelt, was zweifellos mit der örtlichen Lage dieser Wohnungen zusammenhängt. Im Bau sind aber gegenwärtig günstig gelegene Objekte in Meidling, Hietzing und Döbling. Sobald die Anfangsschwierigkeiten überwunden sein werden, dürfte diese Einrichtung, die das Eigenleben der alten Leute gewährleistet, sich bewähren.

Für die Tuberkulosenfürsorge haben wir von Jänner bis Oktober 1,875.000 Schilling ausgegeben. Im Frühjahr werden wir mit dem Bau der bereits vom Gemeinderat beschlossenen zwei Ledenheime für rekonvaleszente Tuberkulose in Hietzing beginnen. Diese Objekte werden getrennt für Frauen und Männer gebaut.

Von den kleineren Arbeiten der Wohlfahrtsgruppe erwähne ich vor allem die Beschäftigungsstelle für die Körperbehinderten in der gegenwärtig 20 Männer und 20 Frauen tätig sind, Sie werden dort mit Buchbinderei-, Näh- und Webereiarbeiten beschäftigt. Wir haben diesen Leuten neuen Lebensmut gegeben und es ist erfreulich, daß das Arbeitsamt ständig die dort Beschäftigten in private Arbeitsstellen unterbringt.

Die Kriegsgefangenen und Heimkehrerfürsorge erfordert 142.655 Schilling. Wir haben hier erst vor einigen Tagen zusammen mit dem Innenministerium für die 170 Kinder der noch in Kriegsgefangenschaft befindlichen Väter eine sehr schöne Weihnachtsfeier veranstaltet; senden regelmäßig an die noch in Rußland befindlichen Kriegsgefangenen Liebesgabenpakete.

Für die Opfer des Faschismus ist im Voranschlag an zusätzlichen Leistungen der Gemeinde ein Betrag von 870.000 Schilling eingesetzt. Im Jahre 1951 wurden rund 780.000 Schilling verausgabt.

Die Spenden aus dem Ausland haben nahezu gänzlich aufgehört, so daß unsere Warenstelle die Sachbeihilfen für unsere Fürsorgebedürftigen kaufen muß. Der Parteienverkehr in der Warenstelle ist ungemein groß. Er beträgt durchschnittlich im Monat 3000 Personen.

Der wünschenswerte Abbau der städtischen Flüchtlingslager schreitet fort. Wir haben heuer das Lager Kobenzl und Arsenal aufgelassen. Noch im Jahre 1950 hatten wir in unseren Lagern 3.400 Flüchtlinge. Gegenwärtig sind es nur mehr 2.633, darunter 544 Kinder. In Betrieb sind 6 Lager und zwei Rekonvaleszentenheime. Von den 2.633 Insassen besitzen 303 die österreichische Staatsbürgerschaft. Der größte Teil der Heimatlosen stammt aus Jugoslawien, dies sind 1.423 Personen, es folgen dann die Volksdeutschen aus der Tschechoslowakei 525 und die Rumänen mit 272 Insassen. Wir sind unablässig am Werk um diese arbeitsamen Menschen aus den Lagern in normale Wohnstätten überzuführen.

Ich darf meine Ausführungen nicht schließen ohne den 3.900 Frauen und Männern, die ehrenamtlich in der Fürsorge tätig sind, für die undankbare und oft sehr schwierige Arbeit im Namen des gesamten Gemeinderates zu danken. Sie sind es, die Helfer und Tröster unserer Befürsorgten sind und die wohl die schwerste Last zu tragen haben. Es ist mein Bestreben mit ihnen ständig in Fühlung zu bleiben, was insbesondere durch die von mir gehaltenen Vorträge bei den Vollversammlungen geschieht. Ich darf aber auch dem Gemeinderat dafür danken, daß er Fürsorgeräte, die durch 25 Jahre diese Funktion ausüben, die Ehrenmedaille der Bundeshauptstadt verleiht und den länger im Amt befindlichen und dann ausscheidenden Fürsorgeräten das Anerkennungsdiplom bewilligt. (Beifall)

Wir haben in den Nachkriegsjahren alle Kräfte zusammengefaßt, um die dringendste Fürsorge für die notleidende Bevölkerung sicherzustellen.

In den Jahren 1950 und 1951 konnten bereits grundsätzliche

Planungen für die Entwicklung der Fürsorge in Wien erfolgen. Von dem Grundsatz ausgehend, daß der Jugend die größte Aufmerksamkeit der fürsorgenden Gemeinde gebührt, wurden planmäßig alle Einrichtungen, die der Gesundheit unserer Jugend dienen, ausgebaut. Neben der Betreuung der Kleinkinder in Krippen, Krabbelstuben, Kindergärten und Horten, gewinnt die Jugendberufsfürsorge immer größere soziale Bedeutung. Die ständig wachsende Zahl der Schulentlassenen, die keine Lehrstelle finden können, bewegt die Stadtverwaltung durch Berufsvorbereitungskurse die unfreiwillige Wartezeit dieser Menschen nutzbringend zu gestalten.

Im übrigen sind die Bemühungen dahin gerichtet, in jedem Einzelfall zu versuchen, den Menschen aus der Fürsorge zu lösen. Bei den Jungen wird dies die Eingliederung in den Arbeitsprozeß bewirken, auch bei vielen Körperbehinderten kann dies ein Ausweg sein, für die Alten hingegen ist eine ausreichende Altersversorgung anzustreben. Die Fürsorge muß aber vor allem an die Wurzel der Hilfsbedürftigkeit zu gelangen suchen, hierbei kann sie auf die Mitwirkung des Arztes nicht verzichten. Mit dem Ausbau der Fürsorgeämter zu einem sozialen Mittelpunkt der Bezirke und mit der Schaffung eines Beamtenstabes, der durch sein Wissen, aber auch durch innere Berufung zur Vertiefung der Fürsorgearbeit befähigt ist, wird es möglich sein, das Wohlfahrtswesen dahin zu bringen, daß es Fürsorge jedem Leidenden und Schutz jedem einzelnen Bürger gibt, bis schließlich eine gesunde Gesellschaftsordnung von gesunden Menschen getragen, die Sozialarbeit der Fürsorge überflüssig macht.

Ich danke aufrichtig allen in unserer Wohlfahrtspflege Tätigen. Dieser Dank gilt sowohl unseren Fürsorgerinnen, Kindergärtnerinnen, Kindergartenwärtnerinnen, den Amtsvormündern und allen weiblichen und männlichen Angestellten meines Referates. Sie verrichten eine schwere aber im Interesse unserer notleidenden Bevölkerung gelegene Arbeit. Ihnen ist es zu danken, daß trotz dem großen Umfang dieses Referates nur ganz vereinzelte Beschwerden erhoben werden. Diese abzustellen, ist unser aller Bemühen.

Als Amtsführender Stadtrat für das Wohlfahrtswesen ersuchte zum Schlusse seiner Ausführungen Vizebürgermeister Honay die Mitglieder des Gemeinderates das vorliegende Budget dieser Verwaltungsgruppe für das Jahr 1953 zu genehmigen. (Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

#### Die ersten Weihnachtsfeiern

=====

17. Dezember (RK) Heute nachmittag wurden in einigen städtischen Anstalten die ersten Weihnachtsfeiern veranstaltet, so in der I. Ohrenklinik des Allgemeinen Krankenhauses und in mehreren Pavillons des Alterheimes in Lainz. Bürgermeister Jonas nahm an der Feier im Allgemeinen Krankenhaus teil, wo er den Patienten und ihren Betreuern seine innigsten Weihnachts- und Neujahrsgrüße übermittelte. Den Kranken, die heuer das Weihnachtsfest nicht im Kreis ihrer Familien feiern können, wünschte er baldige Genesung und im kommenden Jahr womöglich wenig Sorgen. Namens der Stadtverwaltung und im eigenen Namen wünschte er auch den versammelten Ärzten und Krankenschwestern ein frohes Weihnachtsfest. In Vertretung von Prof. Schlander, dem Leiter der I. Ohrenklinik, begrüßte den Bürgermeister Dozent Dr. Novotny. Er dankte bei dieser Gelegenheit für die vielseitige Unterstützung, die den Krankenhäusern seitens der Gemeinde Wien zuteil wird. Sie gestattet es nun wieder den leidenden Menschen die beste Pflege zukommen zu lassen. Die kleinen und großen Patienten waren erfreut nicht nur durch schöne Gesangsdarbietungen des Krankenschwesternchores, sondern auch durch viele Geschenke, die sie unter dem Weihnachtsbaum fanden.

Bürgermeister Jonas wird in den nächsten Tagen noch weitere Krankenhäuser und städtische Anstalten besuchen. Für morgen, Donnerstag, nachmittag, hat er sein Erscheinen bei der Weihnachtsfeier der Kinder in der Lungenheilstätte Baumgartner-Höhe zugesagt.

Die Debatte über das Wohlfahrtswesen

In der Debatte zur Gruppe Wohlfahrtswesen sprach als erste Rednerin GR. Martha Burian (WdU). Sie wandte sich gegen die herrschende Praxis bei der Besetzung der Fürsorgeratsmandate. Die Wahlpartei der Unabhängigen habe auf Grund der letzten Gemeinderatswahlen das Anrecht auf 235 Fürsorgeratsmandate, tatsächlich wurden jedoch nur 127 als Fürsorgeräte einberufen, während die restlichen 108 der WdU gehörigen Mandate von Funktionären der SPÖ und ÖVP besetzt gehalten werden. Die Unabhängigen seien nicht länger gesonnen, sich weiterhin mit blossen Versprechungen und Zusicherungen hinhalten zu lassen. Auch bei der Verteilung des **Sammel**ergebnisses des Wiener Sozialwerkes habe man die Unabhängigen mit den fadenscheinigsten Vorwänden ausgeschlossen. Die Wiener Wohlfahrtspflege, deren Aufgabe es wäre, völlig unparteilich der Not zu steuern, werde also sehr diktatorisch gehandhabt. Dies hindere die WdU, dieser Verwaltungsgruppe länger das Vertrauen auszusprechen. Ihre Fraktion sei leider gezwungen, das Budget abzulehnen.

GR. Lauscher (LBl.) erklärt, das von Prof. Tandler geschaffene System der Fürsorge befinde sich heute im Niedergang. Auf allen Gebieten der Fürsorge seien Kürzungen vorgesehen. In den städtischen Altersheimen siechen die Greise in einem ewigen Einerlei dahin, ohne daß man etwas tue, um ihnen das Leben annehmlich zu machen. Am erbarmungswürdigsten in ihrer Lebensweise seien ohne Zweifel jene Befürsorgten, die mit der Dauerunterstützung, dieser wahren Hungerunterstützung, das Auslangen finden müssen.

Die Urlaubsaktion der Dauerbefürsorgten sei zu begrüßen. Für diese 500 alten Leute, die heuer 14 Tage auf Urlaub waren, war dies vielleicht die schönste Zeit ihres Lebens. Man darf jedoch nicht übersehen, daß es sich hier lediglich um 14 Tage gehandelt habe. In der übrigen Zeit des Jahres müssen diese alten Leute jedoch in Elend und Not ein kümmerliches Dasein fristen. Der Redner bezeichnet in diesem Zusammenhang die Richtsätze für den Lebensmittelbedarf dieser Personen als viel zu gering.

Hier müßte dringend Abhilfe geschaffen werden. GR. Lauscher tritt auch dafür ein, daß den Rentnern die Fürsorgeunterstützungen jeden 1. des Monats zugehen. Auch von der finanziellen Heranziehung der Angehörigen von Rentnern zur Leistung eines Unterhaltsbeitrages ohne Rücksicht und Verständnis auf deren finanzielle Lage wäre abzusehen. Der Redner tritt sodann für die Schaffung von Säuglingskrippen, Kindergärten und -horten ein, von denen es in Wien viel zu wenige gibt. So gibt es zum Beispiel für ganz Wien nur fünf Säuglingskrippen mit 80 Plätzen. Die wenigen Kindergärten die es aber gibt, sind nur unzureichend ausgestattet. Gleichfalls notwendig wäre die Errichtung von Heimschulen für Volksschüler. Leider gibt es derzeit nur zwei, eine in Simmering und eine in Ottakring. Bedauerlich ist, daß auch für den Bau dieser Heimschulen keine Mittel im Voranschlag vorgesehen sind. Der so notwendige Ausbau des Hortwesens könnte ohne besondere Aufwendungen vorgenommen werden. Es bestünde in jeder Schule die Möglichkeit, einen Hortbetrieb einzurichten. Es würde dies einen großen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendverwahrlosung und Gefährdung leisten. Es wurden zum Beispiel 1946 1.655 Kinder der städtischen Kinderübernahmestelle übergeben, 1951 waren es bereits 1.932 Kinder. In den Horten könnten die Kinder auch beim Lernen beaufsichtigt und damit vielleicht zum Teil verhindert werden, daß jährlich ungefähr 7.000 Wiener Kinder in den Schulen sitzen bleiben.

GR. Lauscher tritt sodann auch für eine Verbesserung der Qualität und Quantität bei den Kinderausspeisungen ein. Kinder von 2 bis 14 Jahren erhielten dort das gleiche Essen, was natürlich nicht begreiflich wäre. Als besonders wichtig bezeichnet er auch die Schaffung neuer Spielplätze und Kinderfreibäder. Der Redner spricht sodann von der Not vieler Familien, die sie dazu zwingt, ihre Kinder Adoptiveltern zu überlassen. Gerade diesen Müttern müßte man helfen. Die Zahl der Kinder, die den Kinderübernahmestellen übergeben werden, steige ständig. Wegen Obdachlosigkeit wurden 1945 163 Kinder den Übernahmestellen übergeben, 1951 jedoch 605.

Die Erzieher in den städtischen Erziehungsheimen hatten bisher keine pädagogische Vorbildung. Erst seit kurzem wird ein Schulungskurs abgehalten, den die Erzieher jedoch in ihrer Freizeit besuchen müssen.

Der Redner bespricht sodann die Lage der arbeitenden Jugend in Wien und kritisiert scharf, daß man es bedauert, wenn mehr Jugendliche aus der Schule kommen, statt sich über diese Entwicklung und den Fortschritt zu freuen. Er verlangt in diesem Zusammenhang die Errichtung von Lehrwerkstätten und die energische Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Auch an der Förderung der begabten Jugendlichen, sagte GR. Lauscher, zeigt die Gemeinde Wien wenig Interesse. Im Budget sind unter Stipendien auch die Ansätze für die Gastärzte enthalten. Für die normalen Stipendien jedoch sind um 100.000 Schilling weniger eingesetzt als im Vorjahr. Damit zeigt sich keine großzügige Weiterentwicklung der Fürsorge, sondern Stillstand und Rückschritt.

Der Redner stellt sodann eine Anzahl von Anträgen, die er im einzelnen begründet, und zwar auf Auszahlung der Unterstützungen am Ersten eines jeden Monats, auf Gewährung eines Kohlenzuschusses für alle befürsorgten Rentner und Arbeitslosen sowie einer Weihnachtsgabe für die Dauerunterstützten, auf Erhöhung der Unterstützungen für Dauerbefürsorgte, auf großzügigen Ausbau der städtischen Horte, auf Verbesserung der Verhältnisse in den städtischen Erziehungsheimen, auf Heranziehung der besten Fachleute für die Ausbildungskurse der Erzieher in den städtischen Erziehungsheimen, auf Einführung einer verbilligten Wochenkarte für Lehrlinge und schließlich auf großzügigen Bau öffentlicher Lehrwerkstätten.

Die Durchführung dieser Anträge wäre, so meint er, sofort möglich, sie erfordere fast keinen oder einen nur ganz geringen finanziellen Aufwand. Allerdings genüge die Durchführung dieser Anträge allein nicht, um die Jugendfürsorge auf einen der heutigen Zeit entsprechenden Stand zu bringen. Die gesamte Fürsorgepolitik müsse auf andere Grundlage gestellt werden, etwa auf solche, wie sie seinerzeit Prof. Tandler zu verwirklichen begonnen hat.

17. Dezember 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 2106

Wir treten für die Grundsätze Prof. Tandlers ein, schließt GR. Lauscher, und sind für eine Fürsorge, die unseren Müttern, Kindern und Jugendlichen rechtzeitig und nachhaltig hilft und unseren Alten einen sorglosen Lebensabend sichert. Das vorliegende Budget erfüllt diese Forderungen nicht; deswegen wird es von uns abgelehnt.

Nach den Ausführungen des GR. Lauscher unterbricht Bürgermeister Jonas die Beratungen um 21 Uhr 10 Minuten.

Die Debatte über das Wohlfahrtswesen wird morgen, Donnerstag, um 9 Uhr, fortgesetzt.